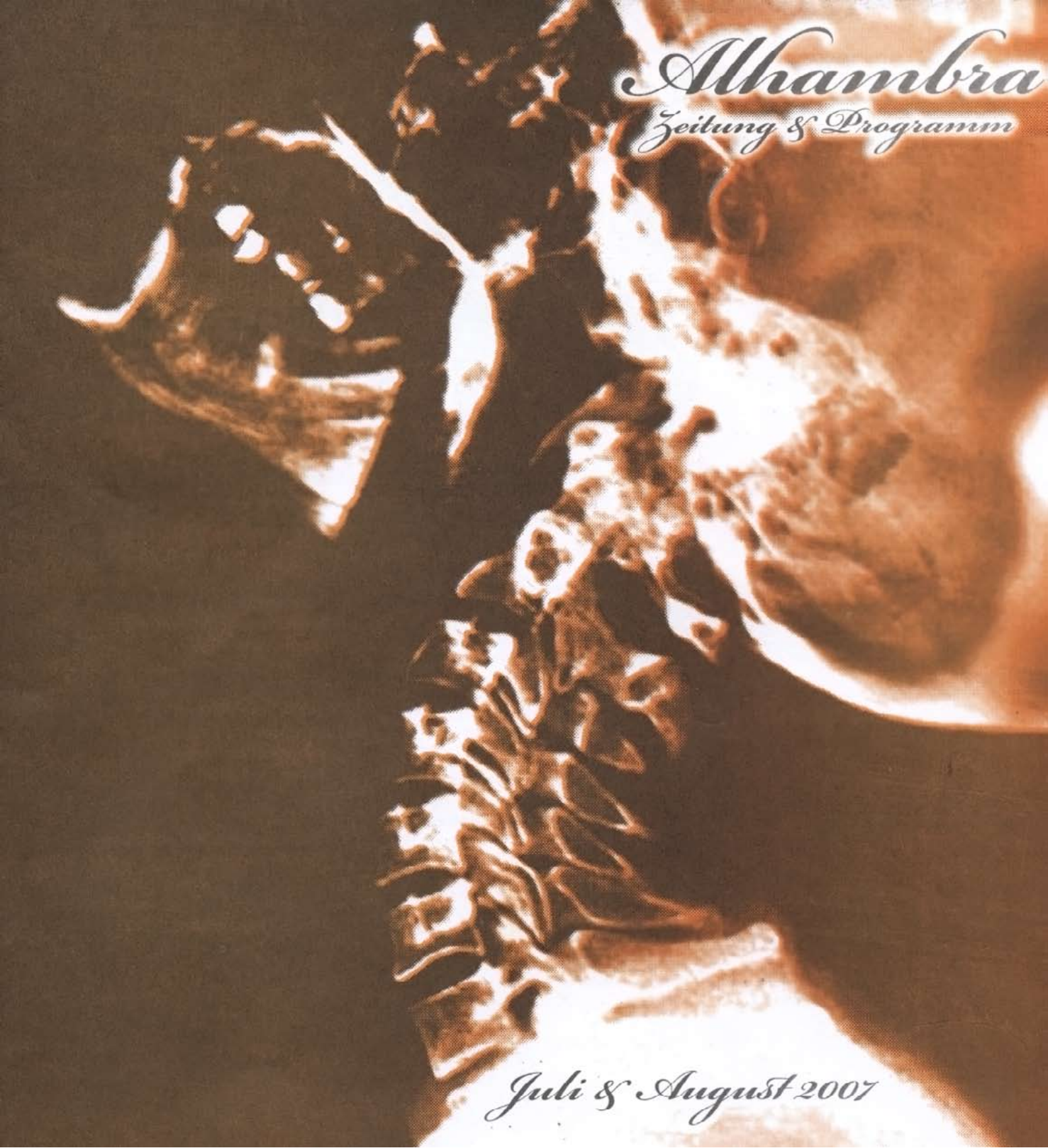
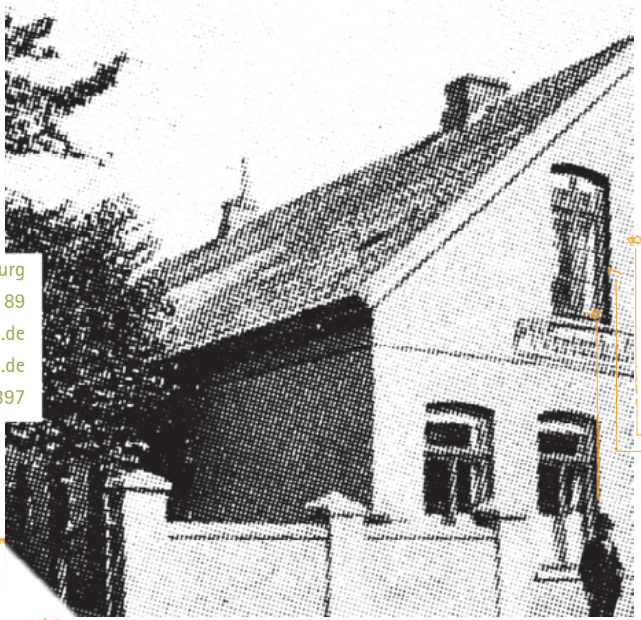


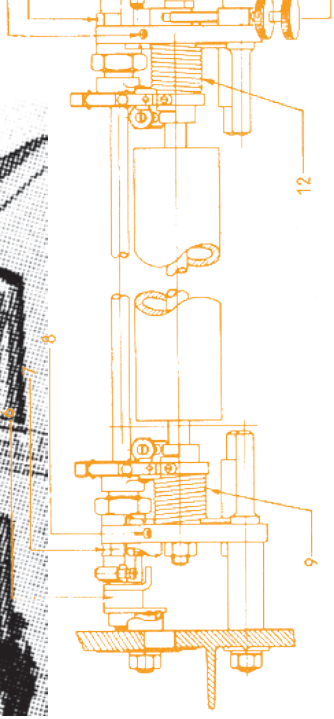
Alhambra

Zeitung & Programm

Juli & August 2007

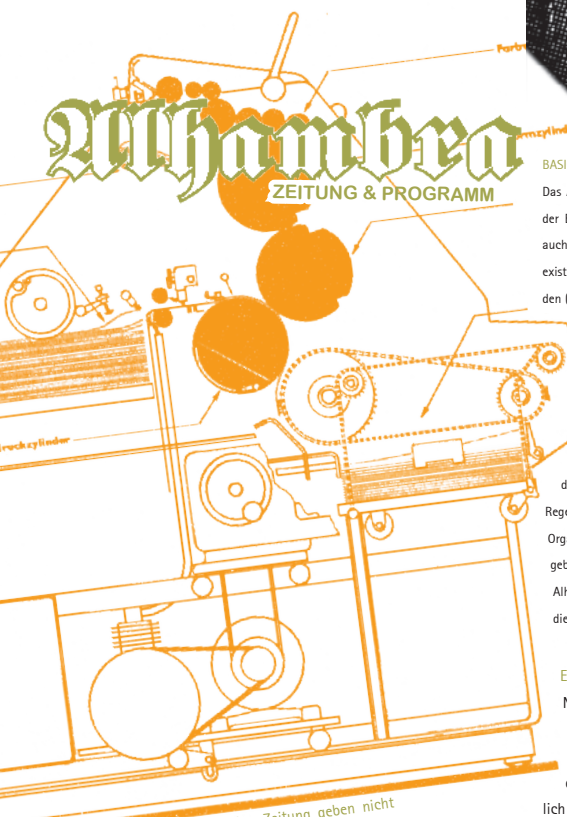
Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Fon: 04 41 _ 1 44 02 Fax: 04 41 _ 21 70 64 89
Alhambra@Alhambra.de
www.Alhambra.de
Spendenkonto: LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397





Alhambra

ZEITUNG & PROGRAMM



BASICS:

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Streß und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

EIGENTUMSVORBEHALT:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

INHALTSVERZEICHNISS

DOKUMENTATION

Prozesserklärung 3.5.
Bullenübergriff in Delmenhorst
Kamerahelme GB

INPUT

„Schön" und „hässlich"
Erstschlag und Raketenabwehr
Lateinamerikas Medien
Buhlen um Lybien

ACTION

Rudolf Hess-Spacken auffe Backen
Wir sind alle 129a...

AUSSER KONKURENZ

Arier in Flugscheiben

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: K. Fischer

Die Alhambra-Zeitung druckt mit Rotaprint

Wir sind alle §129a

Dokumentation des Aufrufes zur Knastkundgebung
am Samstag den 4. August, 18:00 Uhr, vor dem
Knast in Berlin-Moabit

In den Monaten rund um den G8-Gipfel gab es nun die dritte Welle von Hausdurchsuchungen gegen Linke, die mit dem Gummiparagraphen 129 begründet werden. Wieder einmal ist das Eis dünn, auf dem der Vorwurf des Terrorismus konstruiert wird. Am 31.7. wurden Axel, Florian, Oliver und Andrej verhaftet, mit dem Hubschrauber nach Karlruhe geflogen und dort dem Haftrichter vorgeführt, nun sitzen sie in U-Haft in Moabit. Der Vorwurf, der die Haftbefehle rechfertigen soll, lautet Bildung einer terroristischen Vereinigung mit dem Namen „militante gruppe". Drei der Beschuldigten seien auf frischer Tat beim Anzünden von Bundeswehrfahrzeugen auf dem Gelände der auch als Rüstungsfirma bekannten MAN-AG in Brandenburg erwischt worden, der vierte habe einen der drei anderen gekannt...

Seit Jahren sucht das BKA nach Mitgliedern der mg, die seit 2001 mit einer Reihe von militanten Aktionen Aufsehen erregen. Die Themen, nach denen die Angriffsziele bestimmt werden, sind unsere Themen: sozialer Angriff in Zeiten von Hartz IV, Ausbau des Kontroll- und Überwachungsstaates, die neoliberale Enteignung weltweiter Ressourcen und eng damit verbunden Krieg und Militarisierung. Zugegeben: Die von den GenossInnen der mg in der Interim ins Leben gerufene Militanzdebatte stockt und der Stil ihrer Erklärungen blieb vielen von uns fremd. Doch auch wenn der strategische Ansatz der mg als z.B. avantgardistisch kritisiert wird, so sind sie doch Teil unserer Bewegung der Bewegungen, die sich nicht zuletzt im solidarischen Streit um Ziele und Mittel konstituiert.

Es ist daher nicht nur juristisch absurd, sondern auch eine politische Dreistigkeit, wenn der Generalbundesanwalt die Haftbefehle damit begründet, der versuchte Brandanschlag weise "hinsichtlich des Anschlagsziels [...] eine Vielzahl von Parallelen zu Anschlägen der terroristischen Vereinigung militante gruppe (...) auf." Dass gerade die Bundeswehr und damit die Kriegspolitik der BRD, das Anschlagsziel in diesem Falle, von vielen als legitimes Aktionsziel gesehen wird, zeigen eine Reihe von Ereignissen der jüngsten Zeit: Die Aktionstage gegen Krieg und Militarisierung waren ein wichtiger Teil der Protestereignisse in Heiligendamm. Die Kampagne „Bundeswehr wegtreten!" erfreut sich zunehmender Beliebtheit, in immer mehr Städten heißt es „Bundeswehr raus aus den Arbeitsämtern", denn groß ist die Empörung, dass der wachsende soziale Druck zur Rekrutierung von SoldatInnen genutzt wird. Für den 15. September ist eine bundesweite Großdemo geplant, denn die Bundeswehr soll endlich raus aus Afghanistan!

Krieg dem Krieg nach innen und außen!

Auf diese Parole gibt's kein Monopol, und das ist auch gut so. Auch der aktuelle Repressionsschlag zeigt, wie dringend wir sie im Gegenteil verbreitern und uns zu eigen machen müssen. Das Kriegführen draußen braucht die Mobilmachung nach innen. Das gilt besonders in einer Situation, in der die allabendliche Tagesschau mit Afghanistaneinsatz, Entführungsopfern und kaum vermittelbaren Kollateralschäden aufmacht. Reiner Zufall, dass diese Terrorhetze läuft, während die Bundesregierung mit ihrer Kriegspolitik ins Schlingern gerät?
Immer schneller geraten abweichende Meinungen unter Terrorverdacht. Die Logik der BAW ist so einfältig wie absurd wie gefährlich: Das Anschlagsthema, die Bundeswehr, sei besetzt von einer terroristischen Vereinigung, ebenso die Ausführung und die Tatzeit – um Himmels willen, es war Nacht. Juristisch haltlos, hanebüchen und eine deutliche Kampfansage des Schäubleschen Terrorstaates: Wir treffen wenige, doch gemeint seid ihr alle.

Auch die zweite juristische Begründungslinie für den Haftbefehl gegen den 4. Genossen – er habe in seinen wissenschaftlichen Texten Begriffe und Ausdrücke verwendet, die in Anschlagserklärungen der mg auftauchen, beinhaltet eine klare Botschaft: Kritische Köpfe, aufgepasst: Hütet euch davor, anderes als verwertbare Mainstreamwissenschaft zu produzieren. Als kriminelle, vielleicht auch gleich terroristische VordenkerInnen könnten ins Visier geraten, die sich auseinandersetzen mit Militarisierung und Gentrifizierung. Vielleicht auch mit Prekarität, Kolonialismus oder neoliberalen Think-Tanks, vielleicht auch mit globalen Betreuungsketten oder Imperialismus.

Wir hätten noch manch anderen Vorschlag, worüber dringend kritisch nachgedacht und gehandelt werden muss, gegen den Krieg nach innen und außen. Zunächst aber mal müssen Axel, Florian, Oliver und Andrej raus aus der U-Haft. Einen versuchten Brandanschlag als Terrorismus zu bezeichnen, die TäterInnen per Hubschrauber durch die Gegend zu fliegen, nur durch Trennscheiben mit ihren AnwältInnen sprechen zu lassen usw. ist gnadenlos überzogen.

Für einen breiten antimilitaristischen Widerstand!
Weg mit dem Paragraphen 129a!
Für eine Gesellschaft ohne Knäste, Kontroll- und Überwachungswahn!

Freiheit für Axel, Florian, Oliver und Andrej

'DOKUMENTATION.

die leitung der zaab reagierte auf den protest der bewohnerinnen und bewohner nicht mit gesprächsbereitschaft, sondern zog es vor, polizeikräfte anzufordern.
im laufe des vormittags des 4. oktobers wurden wir über die proteste der flüchtlinge und den einsatz von polizeikräften informiert; die rede war u.a. von mindestens einer verletzten person.
da das lager bankenburg einige kilometer außerhalb oldenburgs – und damit praktisch außerhalb der öffentlichen wahrnehmung – liegt, erschien es uns sinnvoll, dort vor ort präsent zu sein und in begrenztem rahmen so etwas wie eine kritische öffentlichkeit herzustellen. wir wollten uns über den streik informieren und den einsatz der polizei beobachten.
gleichzeitig ging es darum, konkret kontakt aufzunehmen mit flüchtlingen, die uns persönlich bekannt waren und zu denen zum teil persönliche freundschaften entwickelt hatten, dies besonders vor dem hintergrund unserer information, dass eine person verletzt worden sei. (tatsächlich stellte sich heraus, dass eine asylbewerberin durch einen wachmann im lager durch den einsatz von pfefferspray geschädigt worden war...).
wir trafen zu unterschiedlichen zeitpunkten in der zaab ein. trotz eines erheblichen polizeiaufgebotes vor und auf dem gelände des lagers, erschien die lage ruhig zu sein.

alle heute hier vor gericht stehenden personen sind – zu unterschiedlichem zeitpunkt – völlig legal und den regeln der zaab auf das gelände des lagers gekommen: wir waren angemeldet, unsere personalausweise lagen an der wache und wir erhielten passierscheine.

aus unserer sicht war der leiter des lagers lüttgau mit der situation am 4. oktober gänzlich überfordert. schon seit langem gab es von bewohnerinnen und bewohnern des lagers kritik an den konkreten umständen, in denen sie dort zu leben gezwungen werden. teilweise über mehrere jahre hinweg. herr lüttgau war offensichtlich nie bereit, die beschwerden der flüchtlinge ernst zu nehmen, geschweige denn mit ihnen in einen dialog über ihre kritik an den zuständen einzutreten. in der logik des lagersystems liegt es, dass mit den lagern gewissermaßen rechtsfreie räume geschaffen werden, in der es nur um die verwaltung von menschen geht, die als ‚asylanten' verunglimpft und nicht als subjekte und persönlichkeiten wahrgenommen werden, die über rechte verfügen und einen anspruch auf menschenwürdigen umgang haben. jeder tag im lager soll ihnen signalisieren, dass sie in Deutschland unerwünscht sind; ihnen wird – offensichtlich mit klarem kalkül – das leben so weit erschwert, wie es nur möglich ist; ihr leben wird reglementiert und ist ständigen schikanen ausgesetzt:

- durch den zwang zum kantinenessen – essen, das eben nur zu bestimmten zeiten eingenommen werden kann
- durch eine medizinische behandlung auf dem lagergelände, die diesen namen nicht verdient, ebenso wie durch das system der sog. vertragsärzte
- durch unzureichende versorgung mit geldmitteln
- durch das nichtakzeptieren der privatsphäre (bedienstete des lagers betreten die zimmer in der regel ohne anzuklopfen und in der abwesenheit der bewohnerinnen und bewohner; gleiches gilt für die polizei)
- das recht der unverletzlichkeit der wohnung gilt für asylbewerberinnen und asylbewerber offensichtlich nicht
- durch restriktive besuchsregelungen mit einer zeitlichen beschränkung bis 22 uhr
- strukturell durch soziale isolation: das lager liegt weit vor den toren oldenburgs mit extrem schlechter (und kostspieliger) busanbindung

neben den allgemeinen rechtlichen einschränkungen, denen flüchtlinge in deutschland unterliegen, ist ganz besonders das lagersystem darauf ausgerichtet den menschen eine botschaft zu vermitteln: ihr seit hier nicht willkommen – ihr müsst und sollt das land wieder verlassen. so ist das von der niedersächsischen politik auch explizit gewollt:
Ich zitiere aus einem brief des nds. innenministers uwe schünemann an den oberbürgermeister der stadt oldenburg vom 09. januar 2007:
„In den großen Unterkünften des Landes in Braunschweig, Oldenburg und Bramsche wohnen ausschließlich Ausländer, die sich entweder noch im Asylverfahren

am 4. oktober 2006 begannen bewohnerinnen und bewohner des lagers blankenburg damit, gegen die ihnen aufgezwungenen lebensbedingungen innerhalb des lagers zu protestieren. dazu organisierten sie eine demonstration auf dem gelände der zaab und in den folgenden tagen und wochen den boykott der katine und die verweigerung der 1-euro-jobs. gleichzeitig formulierten die flüchtlinge eine reihe von forderungen.

befinden oder deren Verfahren bereits mit einer Ablehnung ihres Asylgesuches abgeschlossen ist.
...
Abgelehnte Asylberwerber oder illegal eingereiste Personen sind gesetzlich verpflichtet, das Land freiwillig wieder zu verlassen. Weigern sie sich, so müssen sie abgeschoben werden.
Die frühzeitige Weiterleitung dieser Personen auf die Gemeinden würde ein vollkommen falsches Signal aussenden, nämlich die trügerische Hoffnung auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland. Wenn die Ausreisepflichtigen erst jahrelang in den Gemeinden gelebt haben, sinkt ihre Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise und der Aufenthalt verfestigt sich faktisch. Die Aufgabe, den unberechtigten Aufenthalt dieser Personen zu beenden, würde damit für das Land und die kommunalen Behörden über Gebühr erschwert.
...
Menschen ohne Berechtigung zum weiteren Aufenthalt in Deutschland sollen auch nicht integriert werden. Sie müssen vielmehr in ihrem Bemühen gestärkt und unterstützt werden, ihr Leben in ihrem Heimatland oder einem aufnahmebereiten Drittland wieder selbst in die Hand zu nehmen."

als leiter der zaab exekutiert lüttgau diese politik auf ganz konkreter ebene des lagers in blankenburg. als kleines rädchen im getriebe der ohnehin repressiven flüchtlingspolitik formiert er im lager ein regime, dass auf zynismus und gehässigkeit beruht; ein regime, dass den dort zu leben gezwungenen menschen ihren alltag besonders schwer macht. was er von den bewohnerinnen und bewohnern der einrichtung hält hat lüttgau öffentlich kund getan:

Ich zitiere aus einem Interview mit der NWZ vom 13. Oktober 2006
„Vor allem Schwarze kommen oft bereits mit dem Bewusstsein, irgendwann zurückzukehren. Legal oder illegal wollen sie in kurzer Zeit möglichst viel Geld verdienen – zur Bezahlung ihrer Schlepper oder für die Großfamilien zuhause."

die kurzfassung dieses statements bedeuetet – und anders kann das gar nicht interpretiert werden: ‚vor allem schwarze sind asylbetrüger und drogenhändler.' es stellt sich uns die frage, was einen menschen für die leitung der zaab qualifiziert, der solch üble stammtischparolen in seiner dienstlichen position öffentlich macht. in der logik dieses denkens liegt es zwangsläufig, dass die flüchtlinge nicht als selbständig denkende menschen wahrgenommen werden, die durchaus gewillt und in der lage sind, ihr schicksal nicht unterwürfig hinzunehmen, sondern sich gegen die ihnen aufgezwungenen lebensbedingungen zur wehr zu setzen. die menschen dort sollen sich dem system nur fügen, ihnen soll im und durch das lagersystem

das rückgrat gebrochen werden, sie sollen mürbe gemacht werden, um sie zur ‚freiwilligen ausreise' zu bewegen.

grabesstille soll herrschen und friedhofsruhe... widerstand und protest gegen diese verhältnisse sieht die logik der politik und ihrer vollstrecker nicht vor. sie gefährden ‚ruhe und ordnung', bringen den reibungslosen ablauf der maschinerie, die die kehrseite der abschottung nach außen repräsentiert, durcheinander: weil dieser protest natürlich darauf abzielt öffentlichkeit herzustellen; weil er darauf abzielt die menschenunwürdigen verhältnisse nach außen zu tragen und menschen zu erreichen, die nicht im lager leben müssen; weil damit die offizielle politik, die auf soziale isolation setzt, konterkariert wird.
nur vor diesem hintergrund lassen sich die hausverbote, die durch lüttgau ausgesprochen wurden, erklären: er scheut die anwesenheit einer kritischen öffentlichkeit auf dem lagergelände; ihm scheint es offensichtlich suspekt zu sein, dass es menschen gibt, die in den bewohnerinnen und bewohnern des lagers eben nicht potentielle kriminelle, ‚asylbetrüger', ‚asylanten' oder ‚wirtschaftsflüchtlinge' sehen, sondern menschen, die ein recht haben, hier zu sein; ihm scheint es offensichtlich unverständlich, dass es menschen gibt, denen es völlig egal ist, ob jemand in cote d'ivoire, in kurdistan, iran, in kamerun oder deutschland geboren ist.

dieser reflex ist deutlich geworden in der örtlichen berichterstattung über den streik und die proteste der flüchtlinge im lager blankenburg. mehrfach war die rede davon, dass die menschen dort von ‚linken' oder ‚linksradikalen' instrumentalisiert worden seien. was für ein paternalistischer unsinn! als hätten die bewohnerinnen und bewohner im lager keine eigenen köpfe, mit denen sie denken können; als hätten sie keinen eigenen willen und keine eigene kraft, sich kritisch mit den verhältnissen auseinanderzusetzen und ihr schicksal in die eigenen hände zu nehmen.

und wenn sie auch einer reihe von sondergesetzen unterliegen, uns ist keine gesetzliche regelung bekannt, die es asylberwerberinnen und asylbewerbern verbietet, grundlegende demokratische rechte wahrzunehmen; die es ihnen verbietet zu demonstrieren, eine kantine zu boykottieren und zu streiken; die es ihnen verbietet, öffentlich über ihre situation im lager aufzuklären. all das ist legitim. innerhalb des lagers wird aber der versuch gemacht, einen rechtsfreien raum zu schaffen, in dem all diese rechte beschnitten werden und ihre wahrnehmung kriminalisiert wird.
das gegen uns ausgesprochene hausverbot und die anzeige wegen hausfriedensbruchs liegt genau auf dieser linie. auf den ersten blick richtet es sich gegen uns, im kern aber richtet es sich gegen die flüchtlinge im lager. wir können damit leben, weil wir unsere eigenen, geschützten bereiche haben, unsere wohnungen, in die wir freunde und bekannte einladen und empfangen können, ungehindert und unkontrolliert.
im laufe der vergangenen monate haben wir menschen aus dem lager kennen gelernt, die wir mit fug und recht als freunde bezeichnen können. durch die ohnehin eher restriktiven besuchsregelungen im lager und durch die hausverbote im besonderen, wird etwas unmöglich gemacht, dass für die menschen hier im saal, die nicht im lager leben müssen, alltäglich und völlig normal ist: sich gegenseitig zu besuchen, vielleicht gemeinsam zu kochen und zu essen oder einen gemütlichen video-abend zu gestalten. das mag banal klingen; aber um genau diese banale normalität des alltags geht es. selbst sie wird den flüchtlingen im lager nicht zugestanden.

die einschränkung durch die hausverbote wiegen für uns wesentlich weniger als für unsere freunde im lager; in erster linie ist es ein angriff auf das recht der flüchtlinge, die entscheidung darüber treffen zu können, welchen besuch sie wann empfangen können.
darüber hinaus beruhen die erteilten hausverbote nicht etwa auf der grundlage objektiver erkenntnisse darüber, dass die betroffenen personen in irgendeiner weise ‚unruhe' gestiftet hätten – in welcher weise auch immer –, sondern ihren grund haben sie in der gesinnung und politischen überzeugung der angeklagten.
in bramsche ist einer frau aus dem antirassistischen zusammenhang hausvebot erteilt worden, dass ausdrücklich bis zu einstellung ihrer politischen aktivitäten gültig ist. für das lager in blankenburg ist gegen eine kollegin ein für 25 jahre geltenes hausverbot verhängt worden, mit der begründung, sich an aktivitäten

des antirassistischen plenums beteiligt zu haben, aktivitäten, die sich gegen das lager richteten und die proteste der flüchtlinge dort unterstützten. dadurch sei der soziale frieden im lager angeblich gestört oder gefährdet. umgekehrt aber wird ein schuh daraus: der soziale friede ist gestört durch die existenz des lagers, durch die unhaltbaren bedingungen, unter denen menschen dort zu leben gezwungen werden und durch die rassistischen äußerungen des herrn lüttgau.

aus unserer sicht muss es möglich sein, eine dezidiert andere haltung haben zu können als der niedersächsische innenminister und sein bediensteter lüttgau, ohne das dass zwangsläufig ein hausverbot zur folge hat. oder anders gefragt: wird in zukunft den damen und herren des oldenburger stadtrates der zugang zum lager verweigert; werden gegen sie auch hausverbote ausgesprochen? immerhin hat selbst der rat im november den fortbestand des lagers in frage gestellt und die dezentrale unterbringung von flüchtlingen innerhalb der kommune favorisiert. in der logik eines herrn lüttgau dürften sogar die honorationen oldenburgs von einer linksradikalen minderheit in der stadt instrumentalisiert worden sein...
aus unserer sicht haben die hausverbote keinerlei substanz, können sie keiner objektiven überprüfung standhalten. erschwerend kommt hinzu, dass zu klären ist, ob das recht der flüchtlinge in blankenburg, besucherInnen einladen und empfangen zu können, willkürlich durch den leiter der einrichtung beschnitten werden kann.
wir sind heute hier, weil uns hausfriedensbruch vorgeworfen wird. man mag uns ein gestörtes rechtsempfinden vorwerfen, wenn wir feststellen, dass ich wir uns keinerlei schuld bewusst sind. wir waren besucher und gäste von flüchtlingen im lager blankenburg; wir haben uns dort weder in wort, schrift noch tat etwas zuschulden kommen lassen, dass in irgendeiner weise eine objektiv nachvollziehbare grundlage für ein hausverbot rechtfertigen könnte..

wir möchten das gericht deshalb bitten, heute gründlich zu prüfen, ob durch den leiter der zaab das recht von dort lebenden menschen auf besuch unbegründet und willkürlich eingeschränkt werden kann und darf.

'DOKUMENTATION.

In den vergangenen Wochen kam es zu massiven Protesten gegen den "Eastcoast Corner" in Rostock. Der "Eastcoast Corner" ist ein Nazi-Laden, in dem die Devotionalien für die Szene verkauft werden. Er liegt mitten im eher alternativen Viertel "KTV". Kein Wunder das es zu Demonstrationen und Aktionen kam.

"Eine Art Exempel."

Schließlich war die Ansiedlung im Viertel eine Provokation für viele AnwohnerInnen und AntifaschistInnen. So kam es zu einer Demonstration, bei der die Nazis im Laden, ihre GegnerInnen mit Eisenstangen und Holzlatten erwarteten. Immer wieder kam es zu Aktionen gegen den Naziladen. Die "Nationaldemokratische Partei Deutschland" (NPD) mobilisierte schließlich am vergangenen Samstag zu einer Nazidemonstration für den Laden. Dabei kam es zu einem Angriff auf vermeintliche und tatsächliche AntifaschistInnen.
Dieser Angriff wurde bereits im Vorfeld der Nazidemonstration mehr oder weniger angekündigt. Da wurden "zünftige Straßenschlachten" und "Gewaltanwendung, ohne Rücksicht auf Verluste" angekündigt. Andere hatten die Idee "doch mal einen linken Laden abzufackeln". "Es soll eine Art Exempel statuiert werden" kündigte ein Nazi in einem Forum an.

"Ich bemerkte Blut an meinen Händen"

Wie das aussieht, konnten AntifaschistInnen am Wochenende erleben, die vom Musikfestival "Fusion" kommend, in eine S-Bahn gestiegen waren, in dem auch Nazis zu ihrer Demonstration anreisten. Am Bahnhof Pölchow kam es dann zu dem Angriff der Nazis. An Erlebnisbericht, der am vergangenen Dienstag in der "Taz" abgedruckt wurde, schildert die Situation:

"(...) Die Tür ging auf und plötzlich sprangen vom Bahnsteig mehrere Männer in den Zug. Einer rief: Jetzt gehts los! Dann fingen die Männer an, wie wild die Leute zu verkloppen. In dem Wagen brach Panik aus. Leute haben versucht, sich nach hinten zu flüchten. Ich hörte, wie von außen eine Scheibe mit einem Stein eingeschlagen wurde. Gleich unter diesem Fenster saß eine Mutter mit einem kleinen, blonden Mädchen, das vielleicht fünf oder sechs Jahre alt war. Ich sah, dass es überall auf der Kopfhaut Splitter abbekommen hatte und blutete. Dann zersplitterte auch noch eine Glastür im Abteil. Ich dachte: Wir müssen dieses Kind irgendwie beschützen. Dann sprang ein Nazi in den Wagen, er war ganz dunkel gekleidet, mit ohrlangen, zurückgegelten schwarzen Haaren. Sein Blick war

RASSISTISCHER BULLENÜBERGRIFF IN DELMENHORST

Quelle: Indymedia

Am Dienstag den 19.06.07 kam es auf dem Delmenhorster Marktplatz zu einem rassistischen Bullenübergriff. Eine Gruppe Antifas, Migrantinnen und Punks traf sich auf dem Marktplatz zum gemütlichen Biertrinken, als die Bullen zur obligatorischen Personalienkontrolle anrückten.
Nach anfänglicher Diskussion beleidigte ein Bulle einen Jugendlichen als: "Du Mulucke, geh zurück ins Muluckenland". Daraufhin forderte Nico (ein stadtbekannter Punk, der damit einverstanden ist das wir seinen Namen hier nennen) den betreffenden Cop auf ihm seine Dienstnummer zu geben. Der Polizist sprach daraufhin einen Platzverweis sowohl für den beleidigten Jugendlichen als auch für den couragiert eingreifenden Nico aus.
Nico weigerte sich, worauf der Bulle damit drohte ihn festzunehmen. Nico machte drei Schritte zurück, mit den Worten:"Mach doch". Daraufhin griff der Bulle an, warf Nico zu Boden und drückte Nicos Kopf nach unten, bis er blau anlief. Dabei brach er Nico die Hand.
Nach beherzten eingreifen einer weiteren Person, ließ der Bulle schließlich von Nico ab. Nachdem dieser ca. 2 Minuten auf dem Boden gelegen hatte, überprüfte einer der mittlerweile 12 Bullen Nicos Atmung, wozu er Nico an eine Wand lehnte.
Nico versuchte sich gegen den Bullen, der ihn zuvor angegriffen hatte zur Wehr zu setzen. Dafür bekam er Pfefferspray ins Gesicht, ein Zuhilfeeilender zückte daraufhin ebenfalls Pfefferspray wurde jadoch von einer Polizistin umgerannt.
Nico wurde mittlerweile an der Hand operiert und sieht sich einer Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt ausgesetzt.
Er freut sich über jedwede Art der Solidaritätsbekundung.
Die Termine seines Prozesses werden wir bekanntgeben. Desweiteren hat Nico Gegenanzeige erstattet.
Die Repression gegen Jugendliche erreicht damit in Delmenhorst einen neuen traurigen Höhepunkt. „Street-worker" werden von der Stadt gezielt eingesetzt, um Jugendliche vom Marktplatz zu vertreiben. Die Stadt meint das „Image" der Stadt nähme durch sie Schaden.
Wir fordern das die Anzeige gegen Nico zurüchgenommen wird und stattdessen dem rassistischen Bullen der Prozess gemacht wird. Desweiteren wollen wir natürlich ein Ende der Vertreibungen vom Marktplatz und anderen Orten.

purer Hass. Er trat und brüllte wild um sich. Wir schrien ihn an, dass hier ein Kind sei. Er rief: Scheißegal! Heute seid ihr alle dran! Jetzt wird der Spieß umgedreht! (...) Irgendwann hat einer der Schläger befohlen, dass alle aussteigen, die zu dem Kind gehören. Draußen auf dem Bahnsteig standen die Nazis wie im Spalier. Ich sah, wie Leute vom Bahnsteig über den Zaun eine tiefe Böschung hinuntergestoßen wurden. Ich merkte, dass ich Blut an meinen Händen hatte. Um mich herum waren Nazis, die mich filmten und auslachten: Das geschieht euch recht! Einer versuchte noch, mir die Kapuze vom Kopf zu reißen. Ich bin dann an das Ende des Bahnsteigs geflüchtet (...)."

Krawalle?

Es gab insgesamt etwa 20 Verletzte, mindestens fünf davon mussten im Krankenhaus mit schwerer Gehirnerschütterung, Frakturen und ähnlichen Verletzungen behandelt werden.
Im Zug waren auch der Nazi-Kader Udo Pastörs (Fraktionsvorsitzende der NPD im Schweriner Landtag), dessen Version der Ereignisse zu erst von "Ad-Hoc-News" verbreitet wurden. Bei näherer Betrachtung gibt diese Pressemitteilung im Wesentlichen die NPD-Sicht der Dinge wieder. Über die "Financial Times Deutschland" sowie später auch über alle größeren Nachrichtenmagazine wie "Spiegel Online" und "Focus" wurde die Version der Nazis verbreitet. So hieß es zu erst "Chaoten" aus dem linken Spektrum hätten den Zug angegriffen, in dem die Nazis zu ihrem Aufmarsch reisten. Daher sei es zu "Krawallen zwischen Rechtsradikalen und Linken" (Spiegel-Online) gekommen.

"Wie ein Straftäter behandelt"

Diese Version wurde durch die ermittelnden BeamtInnen der Bundespolizei unterstützt. Diese durchsuchten die AntifaschistInnen und ermittelte eher gegen die AntifaschistInnen. An dieser Stelle noch einmal der "Reisebericht" aus der "Taz":

"(...) Als die Polizei kam, war am Bahnsteig nichts mehr los. Die Nazis standen ruhig herum, lachten und rauchten. Wir waren alle total geschockt. Ich hab nur noch geweint. Meine Personalien wurden aufgenommen. Ich wurde abfotografiert und durchsucht. Ich hab mich wie ein Straftäter behandelt gefühlt (...)."

Obwohl mehr als 2000 BeamtInnen der Polizei im Einsatz waren, waren keine PolizistInnen im Zug anwesend. Die PolizistInnen übernahmen letzt endlich die Version der Nazis, ohne vor Ort gewesen zu sein. Obwohl die Nazis ihren Angriff gefilmt hatten, machten sich die BeamtInnen keine Mühe, solch Beweismaterial überhaupt sicher zu stellen. Die Nazis konnten ungehindert an ihrem Aufmarsch teilnehmen.

"Ordentliche Abreibung"

Kein Wunder, dass die Begeisterung über den Angriff nicht zu übersehen ist: "SIEG! Das war echt klasse!", schreibt ein Nazi in einem bekannten Internetforum. Die "Zecken" hätten endlich "ordentlich was aufs Maul bekommen, hähä". Ein anderer bilanziert: "Herrlich. Wochenlang hatten die Linken ne große Fresse am Hals und jetzt gabs mal ne ordentliche Abreibung. Sauber, weiter so."

Geplanter Angriff?

Zur Zeit gibt es auch Spekulationen, dass der Angriff der Nazis im Vorfeld geplant worden ist. Dafür sprechen einige Hinweise. Auf dem linken Internetportal "Indymedia" spekuliert ein Autor und hat einige Indizien zusammengetragen, die für diese Theorie sprechen. So war der Treffpunkt der Menschen, die von der Fusion tragen, über das Internet bekannt geworden. Der Nazi-Kader Udo Pastörs stieg mit seinem Gefolge in Güstrow in die S-Bahn, obwohl es für sie eine direkte Zugverbindung nach Rostock gegeben hätte und die Nazis verzichteten die Haltepunkte vorher auf einen Übergriff. Der Bahnhof Pölchow ist für einen Angriff ideal gelegen. Außerdem bieten der umliegende Wald und ein an der Bahnstrecke gelegenes ehemaliges Komplexlager der NVA, dessen Hallen in den letzten Jahren auch schon mal für Schießübungen genutzt worden sein sollen, ideale Verstecke für plötzlich zufällig auftauchende AngreiferInnen und ihre Fahrzeuge, was auch erklären könnte, warum die Bahnhofsumzäunung trotz der von Zeugen beobachteten Benutzung von Holzlatten während der Nazi-Attacke weitgehend intakt ist und warum mindestens 20 Nazis sich beim Eintreffen der Polizei in die Büsche schlugen um dann trotzdem den Nazi-Aufmarsch in Rostock zu verstärken.

Antifaschistische Selbsthilfe

Die Ereignisse vom vergangenen Wochenende zeigen wieder einmal deutlich, dass mensch sich in diesem Staat in keiner Weise und in irgendwelcher Form auf staatliche Organe wie die Polizei verlassen kann. Schließlich haben diese eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass kein Interesse besteht AntifaschistInnen zu schützen.
Im Zweifel wird dann sogar die Version der Nazis übernommen. Diese können Menschen angreifen und verletzen, ohne dass danach ernsthaft ermittelt worden wäre. Dies ist eine Freikarte für die Nazis und zwar ausgestellt von der Polizei.
AntifaschistInnen werden in Zukunft noch vorsichtiger ihre Anfahrt organisieren müssen, wenn ihnen ihre Gesundheit denn wichtig ist.
Ein eindrucksvoller Hinweis über die Notwendigkeit antifaschistischer Selbsthilfe sind die Ereignisse des vergangenen Wochenendes in jedem Fall.

Text von: provinzkritik.blogsport.de

Demokratie aus der Presse

Hinter der Forderung nach einer Demokratisierung der Medien in Lateinamerika stehen vor allem soziale Bewegungen

Ein Text von: Harald Neuber

Die Beziehung könnte schlechter kaum sein. Private Medien und linke Regime in Lateinamerika liegen in den vergangenen Jahren im Dauerclinch. In Venezuela geht die Opposition unter der ideologischen und organisatorischen Führung des privaten TV-Senders RCTV gegen die Regierung Chávez auf die Straße (vgl. Alarm Orange in Caracas (1)). In Ecuador schmeißt Staatschef Rafael Correa Medienunternehmer vor laufender Kamera aus Talkshows. Und in Bolivien prangert Präsident Evo Morales eine Kampagne der nicht staatlichen Presse gegen seine Regierung an. Die Konfliktlinie verläuft aber nicht zwischen Medienkonzernen und Regierungen. Der Widerspruch besteht zwischen einer privaten Medienlandschaft und dem demokratischen Grundkonsens in modernen Gesellschaften.

Der Streit um das Verhältnis zwischen Medien und Demokratie wurde in Lateinamerika schließlich nicht von einigen wenigen Regierungen auf die Agenda gesetzt. Die Diskussion reicht bis in die Geschichte der sozialen Bewegungen in den achtziger Jahre zurück. „Ohne eine Demokratisierung der Medien gibt es keine Demokratie", skandierten soziale und politische Gruppen damals, nachdem die Militärdiktaturen in Südamerika endlich überwunden waren. Dem Slogan lagen konkrete Erfahrungen zugrunde. Der Großteil der privaten Medien hatte die blutigen Gewaltherrschaften in der Region toleriert oder gar unterstützt.

Wenn Demokratie von der Teilhabe des Volkes leben solle, müsse das Volk auch in die Entscheidungen eingebunden werden, so die Argumentation. Eine effektive Beteiligung an demokratischen Prozessen sei aber nur dann möglich, wenn den Menschen zwei Möglichkeiten geboten werden. Zum einen der uneingeschränkte Zugang zu Informationen. Zum anderen der Zugriff auf Kommunikationsorgane.

Dass die Forderung der sozialen Bewegungen nach einer Reform der Medienlandschaft damals nicht erhört wurde, führen Osvaldo León und Sally Burch von der alternativen lateinamerikanischen Nachrichtenagentur ALAI (2) auf einen taktischen Fehler zurück. Statt den Anspruch auf die Agenda der Bürgerrechtsbewegung zu setzen, sei die Initiative damals im Mediensektor belassen worden.

Dass die Debatte nun, 20 Jahre später, wieder aufflammt, liegt an der Entwicklung dieser Branche in Lateinamerika. Unter den neoliberalen Regimes hat die Monopolisierung ein nie bekanntes Ausmaß erreicht. Der Medienmarkt wird in vielen Ländern von einem oder zwei Großkonzernen dominiert. Einhergehend mit der Machtakkumulation sind private Medienkonzerne zu einem nicht zu übersehenden Faktor in der politischen Sphäre geworden.

„Vor dem Hintergrund des Abstiegs der Parteien des Establishments haben sie (die Privatmedien) deren Rolle übernommen; sie sind Sprachrohre dieser gesellschaftlichen Gruppe geworden."
Osvaldo León und Sally Burch von ALAI

Die Bewegung gegen die Macht der Informationsunternehmen ist vor diesem Hintergrund nicht erst in den vergangenen Jahren entstanden. Sie ist historisch gewachsen. Es ist kein Zufall, dass diejenigen Regierungen, die sich nun die Forderung nach einer Demokratisierung der Medien auf die Fahnen schreiben, aus sozialen Bewegungen entstanden sind (wie in Bolivien) oder maßgeblich von ihnen gestützt werden (wie in Venezuela und Ecuador).

Venezuela: Medien von unten

Nicht nur wegen der aktuellen Auseinandersetzung dient Venezuela als gutes Beispiel, um das Grundproblem und die daraus erwachsenden Konflikte zu verdeutlichen. Nach Ende der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez 1958 hatten die beiden großen bürgerlichen Parteien AD und COPEI in dem südamerikanischen Staat einen politischen Pakt geschlossen. Man werde sich künftig die Macht teilen und andere Parteien – gemeint waren vor allem die Kommunisten – außen vor lassen.

Das daraus entstandene System wird mitunter als „Paktierte Demokratie" bezeichnet – ein Euphemismus für die vertraglich abgesicherte Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. Medien waren Teil des Abkommens. Sie gruppierten sich um den einen oder anderen der beiden verbliebenen Akteure. Über die blutigen Auseinandersetzungen mit Guerillaorganisationen, die aus einer kriminalisierten Linken entstanden und die sich bis in die siebziger Jahre hinzogen, war im Land nichts erfahren. Die strukturelle Zensur ging so weit, dass dieses schmerzhafte Kapitel der Geschichte heute fast unbekannt ist und unter der amtierenden Regierung erst langsam wieder aufgearbeitet wird.

Der Widerstand gegen die mediale Exklusion in Venezuela wuchst in dem Maße wie die wirtschaftliche Krise zunahm. Soziale Basisbewegungen spielten dabei eine Hauptrolle. Seit den achtziger Jahren waren in den ärmeren Vierteln Venezuelas nicht nur Stadtteilzeitungen entstanden. Kommuniziert wurde über Flugblätter und zum Teil mit Hilfe selbst gebauter Radiosender.

Kino-Klubs

Einen qualitativen Schritt machte die Bewegung der Basismedien mit den so genannten Kino-Klubs: Anwohner trafen sich, um alternative Produktionen zu sehen, die von den Privatsendern nicht gezeigt wurden. Als die technischen Möglichkeiten zunahmen, wurden in den „Cine Clubs" auch eigene Aufnahmen von politischen Veranstaltungen und Stadtteiltreffen gezeigt.

Was als alternativer Medientreff begann, wurde zum politischen Instrument – und rückte ins Visier des Staates. Das Misstrauen, mit dem die Stadtteil- und Basismedien von den Staatsführungen beobachtet wurden, hielt bis zur Regierungsübernahme Hugo Chávez´ im Februar 1999 an.

ViveTV, TeleSUR und Tves

Chávez übernahm die Staatsführung inmitten einer Welle von Privatisierungen der Medien. Der staatliche UKW-Kanal 5 war gerade an die Katholische Kirche veräußert (3) worden, der verbleibende Kanal 8 (4) stand kurz vor dem Verkauf. Die Reform der Verfassung 1999 setzte diesem Trend ein abruptes Ende.

Unter reger Beteiligung von Medienaktivisten war Kommunikation als ein Menschenrecht definiert worden. Kommunale Medien werden von der neuen Charta Magna nicht nur zugelassen, sie werden ausdrücklich erwünscht. Die Belegschaft der Telekommunikationsbehörde CONATEL (5), bis dahin eine rein technische Einrichtung, wurde unter Chávez durch Anthropologen und Sozialforscher ergänzt. Sie führen die Debatte um eine notwendige neue Medienpolitik seither auch aus dem Staatsapparat heraus.

Mit ViveTV (6) ist in den vergangenen Jahren ein neuer öffentlicher Fernsehsender entstanden. Gegründet wurde außerdem der lateinamerikanische Sender TeleSUR (7) und jüngst der öffentliche Kanal Tves (8). Obwohl Venezuela seine Medienpolitik am entschiedensten geändert hat, liegt der Großteil der Produktion nach wie

vor in der Hand privater Konzerne. Die gewachsene Hegemonie der Medienriesen lässt sich nur langsam zurückdrängen.

Konflikte auf dem ganzen Kontinent

Entgegen landläufiger Darstellungen im Ausland ist der Disput mit den privaten Medienkonzernen in Venezuela kein Einzelfall, der durch die Politik einer radikalen Regierung provoziert wurde. In Bolivien wurde von der Regierung unter Präsident Evo Morales auf Druck der indigenen Bewegungen ein Netz aus rund 50 kommunalen Radiostationen aufgebaut.

Das „Sistema Nacional de Radios de los Pueblos Originarios" (9) orientiert sich am mexikanischen Vorbild. Auch dort hat das Nationale Indigenen-Institut (10), das für die Politik gegenüber den Nachkommen der Ureinwohner verantwortlich zeichnet, rund zwei Dutzend Stationen für die indigenen Gemeinden aufgebaut.

In Bolivien haben Basismedien als Instrument in sozialen Kämpfen eine lange Geschichte. Legendär sind die Radiostationen der Minenarbeiter, die zum Teil schon vor über einem halben Jahrhundert entstanden sind. Trotz dieser Vorgeschichte werden alternative Kommunikationsmittel von der Regierung Morales vor allem als Instrument im Kräftemessen mit den feindlich eingestellten Privatmedien gesehen.

Aber auch in dem Andenstaat wird die Forderung nach einer verbindlichen gesetzlichen Regelung für unabhängige Presseorgane lauter. In der aktuellen Debatte um eine Verfassungsreform etwa wirbt eine „Bürgerplattform" für das Recht auf Kommunikation und Information. In ihr sind die wichtigsten Journalistenorganisationen des Landes organisiert.

Wie in Bolivien wird auch in Ecuador über eine Reform der Verfassung debattiert. Hier sind sich die Medieneigner der aufziehenden Gefahr für ihre Vormachtstellung jedoch bewusst. Mit dem expliziten Hinweis auf die Regelungen in Venezuela bestehen sie in der laufenden Debatte darauf, die Rechte von Medienunternehmen auf keinen Fall staatlich zu reglementieren. Auf der anderen Seite drängen Aktivisten wie Yolanda León von der Journalistengewerkschaft FENAPE (11) darauf, „eine weitere Konzentration auf dem Medienmarkt unter allen Umständen zu verhindern".

Die Bewegung für demokratische Erneuerung der Medien reicht bis in die USA

Angesichts der sozialen und politischen Veränderungen in Südamerika gibt es kein Land, in dem eine solche Mediendiskussion nicht geführt wird. Allein der Entwicklungsstand ist unterschiedlich. In Brasilien etwa hat trotz starker sozialer Bewegungen keine Reform der Mediengesetzgebung stattgefunden.

Das letzte Mediengesetz stammt hier aus dem Jahr 1962. Und die Regierung ist gespalten. Während der Kultusminister Gilberto Gil und der Vorsitzende des staatlichen Sendenetzes Radiobrás (12) für eine stärkere Regulation des Medienmarktes eintreten, gilt Telekommunikationsminister Hélio Costa als konservativ und Fürsprecher der privaten Informationskonzerne.

Trotz der Pattsituation ist in Brasilien viel in Bewegung. Seit sich 1984 die „Nationale Front für eine demokratische Medienpolitik" gegründet hat, konnten Basismedien gut zehn Jahre später sogar einen Zugang zum Kabelnetz erstreiten. Derzeit wird von sozialen Bewegungen vor allem die Diskussion um Ethik in den Medien forciert.

Eine entsprechende Kampagne kann sogar mit Unterstützung aus dem Parlament rechnen. Regelmäßig wird eine Rangliste der Klagen gegen Privatsender erneuert. „Wer diese Liste anführt", heißt es zu der Kampagne, „ist gegen das öffentliche Interesse". Trotz solcher Initiativen leben alternative Medien in Brasilien in einer schizophrenen Situation: Obwohl das Land von einer progressiven Regierung geführt wird, wurden unter Präsident Luiz Inácio „Lula" da Silva mehr Basismedien geschlossen, als vor seiner Amtszeit.

Das Gesetz für kommunale Medien ist restriktiv gefasst. Alternative Kommunikationsmittel dürfen keine kommerzielle Werbung verbreiten. Zudem ist nur ein Sender pro Ort zugelassen – was die Konkurrenz zwischen den Medienaktivisten massiv erhöht.

Die Bewegung für eine demokratische Erneuerung der Medien reicht bis in die USA. Während hier community media in den siebziger Jahren vor allem in der Schwarzen- und Frauenbewegung entstanden (und später oft wieder verschwunden) sind, hat das Thema in den vergangenen Jahren wieder Anhänger gefunden. Linksintellektuelle wie Noam Chomsky, Edward Herman und Ben Bakdikian haben den politischen Missbrauch von Medienmacht thematisiert, Journalisten wie Alexander Cockburn, Jeff Cohen und Norman Solomon konnten Gegenakzente setzen.

Einer der letzten Konflikte drehte sich 2003 um die Reform des Mediengesetzes. Weil die Bundesbehörde für Telekommunikation FCC angehalten war, die Besitzverhältnisse regelmäßig zu überprüfen, um eine allzu hohe Konzentration zu vermeiden, setzten die regierenden Republikaner damals zur Offensive an. Drei der fünf FCC-Leiter sollten künftig unmittelbar von der Regierung bestimmt werden.

Die Chancen für den Vorstoß standen gut, denn die Republikaner hielten die Mehrheit im Kongress. Zudem hatten drei Branchenriesen – die News Corporation von Rupert Murdoch, Clear Channel und Belo – die Kampagne des Präsidenten mitfinanziert. Doch eine spontane Protestwelle verhinderte die Initiative. Federführend dabei waren Gruppen wie „Fairness & Accuracy in Reporting". Ein wesentlicher Grund für den überraschend massiven Widerstand war die offensichtlich manipulierte Berichterstattung über den beginnenden Krieg in Irak.

Anmerkungen
(1) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25445/1.html
(2) http://alainet.org
(3) http://www.aporrea.org/medios/a36000.html
(4) http://www.vtv.gob.ve
(5) http://www.aporrea.org/medios/a36000.html
(6) http://www.vive.gob.ve
(7) http://www.telesurtv.net
(8) http://www.tves.org.ve
(9) http://www.agenciaenpie.org/seccion/seccionleermas.php?id=3179
(10) http://www.cdi.gob.mx/ini
(11) http://www.fenape.org
(12) http://www.radiobras.gov.br
(13) http://www.alainet.org/publica/421.html

Vorsicht

Das britische Innenministerium hat angekündigt (1), die Polizisten mit tragbaren Kamerahelmen auszustatten. 4,5 Millionen Euro sollen dazu investiert werden, um die Helme, die pro Stücke 2.500 Euro kosten, zu kaufen. Alle Polizisten erhalten damit noch nicht die Kamerahelme, von deren Aufnahmen man sich erhebliche Verbesserungen der Strafverfolgung erhofft, weil sie „unbestreitbare Beweise" liefern.

Wie das Innenministerium mitteilt, soll mit den Kameras alles in Bild und Ton aufgezeichnet werden, was der Polizist, der sie am Helm mit sich führt, sieht und hört. Dadurch werde es für Straftäter sehr viel schwerer, „Jurys darüber in die Irre zu leiten, was wirklich geschehen ist". Feldversuche hätten gezeigt, dass Kamerahandys nicht nur zu größeren Erfolgen bei der Strafverfolgung und Verurteilung führen, sondern auch die Polizisten von Schreibarbeit entlasten. Zudem müssten Polizisten nicht mehr so viel Zeit als Zeugen im Gericht verbringen. Gegenüber Videokameras, die mit Händen gehalten werden müssen, hätten die Kamerahelme entscheidende Vorteile: Man kann sie einfach alles aufnehmen lassen und versäumt das Einschalten nicht, beide Hände bleiben frei und der Blick ist nicht behindert.

Der Innenminister Tony McNulty preist den Kauf und Einsatz der Kamerahandys als einen Beweis dafür an, dass die Regierung alles macht, um „Gewaltverbrechen und anstisoziales Verhalten" zu bekämpfen. Zudem verspricht sich der Innenminister von der Verwendung auch allgemein einen Rückgang der Kriminalität, da die Kamerahelme auch als „Präventionsmittel" wirken würden. Im Bericht heißt es etwa, dass „antisoziales Verhalten" stark zurückgeht, wenn Polizisten mit Kamerahelmen auftauchen. Diese könnten eine größere Wirkung haben als stationäre Überwachungskameras oder solche, die in Fahrzeugen mitgeführt werden.

Bislang können die jetzt verwendeten Helme bis zu 400 Stunden Film mit Ton auf ihrer Festplatte speichern. Die Batterien halten 12 Stunden. Auf einem kleinen Bildschirm, der am Gürtel mitgeführt wird, können die Polizisten das aufgenommene Material abspielen und überprüfen. Gedacht ist daran, dass die Videostreams in künftigen Modellen wie denen, die im Militär bereits verwendet werden, in Echtzeit an ein Kommunikationszentrum oder an Einsatzfahrzeuge gesendet werden können. Gewünscht auch die Möglichkeit einer automatischen Fahrzeugnummer-Erkennung.

Polizisten

Die Polizei in Großbritannien wird mit Kamerahelmen

Zwingend vorgeschrieben für alle Modelle, die natürlich äußerst robust sein und einiges aushalten müssen: leichte und schnelle Bedienung, deutliches Signal, wenn angeschaltet, Sichtweite wie die der menschlichen Augen, ein „Objekt" von 1,80 m Höhe muss in einer Entfernung von sieben Metern 50 Prozent der Sichthöhe einnehmen, nicht-proprietäre Software für die Aufzeichnung, da die Dateien auf allen DVD-Playern und Computern ohne Umformatierung abspielbar sein sollen. Überdies sollen die Aufnahmen nicht verändert oder gelöscht werden können. Gelöscht werden soll die Festplatte erst, wenn die Aufnahmen auf einen bestimmten Computer heruntergeladen worden sind.

Vor dem Einsatz der „mobilen" Überwachungskameras soll von den Polizeistationen erst einmal eine Kampagne mit Plakaten gestartet werden, um die Bürger auf das neue Mittel hinzuweisen. Das Innenministerium hat auch Richtlinien (2) für den Einsatz veröffentlicht. So müssen Ereignisse vollständig aufgenommen werden, um bewusste vorgenommene Ausblendungen zu verhindern. Schließlich werden durch die Kameras auch die Polizisten selbst überwacht und können für Fehlverhalten ebenfalls leichter zur Verantwortung gezogen werden. Die Polizisten, die einen Kamerahelm auf haben, müssen dies offen tun und sollen durch ein Zeichen kenntlich sein. Vor dem Anschalten muss allen Anwesenden gesagt werden, dass die Kamera läuft. Wenn Wohnungen oder Häuser bei einem Einsatz betreten werden, soll die Aufnahme beendet werden, wenn es sich nicht um einen Vorfall handelt, den die Polizisten melden müssen.

Wenn eine Person einen Polizisten nur etwas fragen will, so wird empfohlen, die Kamera nicht einzuschalten bzw. der Person mitzuteilen, dass sie läuft. Auf normalen Streifen sollten die Kameras nicht verwendet werden, sondern nur bei Vorfällen, die von den Polizisten normalerweise protokolliert werden. Aufzeichnungen, die nicht als Beweismittel dienen, sollten in der Regel nach einem Monat gelöscht werden. Die Polizisten werden auch darauf hingewiesen, dass Bürger über eine Eingabe nach dem Informationsfreiheitsgesetz die Einsicht in Aufzeichnungen verlangen können. Allerdings gibt es hier zahlreiche Einschränkungen.

ein Text vonFlorian Rötzer 12.07.2007

Quellen:
(1) http://www.homeoffice.gov.uk/about-us/news/more-head-cameras
(2) http://police.homeoffice.gov.uk/news-and-publications/publication/operational-policing/guidance-body-worn-devices?view=Binary

mit Kamerahelmen

ausgestattet, da sie die Strafverfolgung verbessern und präventiv wirken würden

Erstschlag und Raketenabwehr:

Die nukleare Dimension des Neuen Kalten Krieges und die Rolle der NATO

von Thomas Mitsch und Jürgen Wagner

Bereits im Jahr 2004 wurden Verhandlungen über die Errichtung von Teilen des US-Raketenabwehrsystems in Osteuropa aufgenommen, namentlich über die Stationierung von Abwehrraketen (Ground-Based Interceptors, GBIs) in Polen und die Installation von X-Band Radar-Anlagen in der Tschechischen Republik. Nachdem sich diese Pläne seit Anfang 2007 rasch konkretisieren, droht Russland, das sich von den US-amerikanischen Plänen unmittelbar - und zurecht, wie hier ausgeführt werden soll - bedroht fühlt, mit umfassenden Gegenmaßnahmen, die im schlimmsten Fall zu einem neuen Wettrüsten führen könnten, was sich zuallererst negativ für Europa auswirken wird.

Angeblich um die russischen Bedenken auszuräumen, wird immer häufiger der Vorschlag unterbreitet, die Raketenabwehrinstallationen unter dem Dach der NATO zu errichten, was allerdings völlig am Kern des Problems vorbeigeht. Denn die US-Pläne sind Teil eines rein nationalen Vorhabens, weshalb die Annahme, Washington werde seinen Verbündeten irgendein Mitspracherecht über deren Art, Form und Umfang einräumen ziemlich abwegig ist. Jegliche Form einer NATO-Raketenabwehr würde also zusätzlich zu den US-Installationen aufgebaut. Darüber hinaus stellt sich die Frage, weshalb Moskau, selbst für den unwahrscheinlichen Fall, dass Washington auf rein national kontrollierte Installationen in Osteuropa zugunsten der NATO verzichten sollte, hierüber weniger besorgt sein sollte. Denn die Allianz wird in Russland zunehmend als direkte Bedrohung wahrgenommen, weshalb dies in Moskau wohl ebenfalls kaum Begeisterungsstürme hervorrufen dürfte.

So liegt der Verdacht nahe, dass der Vorschlag eher eine Art Propagandatrick darstellt, um die Öffentlichkeit vom „Sinn" einer NATO-Raketenabwehr zu überzeugen. Dies ist umso notwendiger, da die Grundsatzentscheidung zum Aufbau eines solchen Schildes bereits gefallen ist. Allerdings ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch unklar, wie viel Geld hierfür bereitgestellt werden soll. Berücksichtigt man dabei, dass sich die Kosten hierfür laut der geheimen NATO-Machbarkeitsstudie von mehreren hundert Millionen auf bis zu 20 Milliarden Euro belaufen könnten, erscheinen derartige Public Relations Maßnahmen mehr als notwendig, um Unterstützung für dieses gigantische Rüstungsprojekt zu erhalten.

Raketenabwehr und US-Interventionskriege

Das unter US Präsident George W. Bush wichtigste und teuerste Rüstungsprojekt ist die National Missile Defense (NMD).[1] Sie soll mithilfe neuester und modernster Waffen auf die USA zielende Atomraketen (ICBMs) auf ihrer Flugbahn im All bzw. in der Erdatmosphäre zerstören. Dieses Raketenabwehrsystem muss anfliegende Raketen mit am Boden stationierten Radarstationen und durch Infrarotkameras in Satelliten erkennen können.

Bereits Mitte 2004 wurde bekannt, dass die USA schon seit acht Monaten Verhandlungen über den Aufbau von Teilen des US-Abwehrschilds in Osteuropa führen. Obwohl sich die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ausspricht, begrüßen die Regierungen Polens und der Tschechischen Republik das US-Vorhaben, Prag erklärte sich sogar bereit, rund 100 km² zu amerikanischem Hoheitsgebiet zu erklären.[2] Nun, nach fast zweijährigem Vorgeplänkel, konkretisiert die US-Regierung diese Pläne. Bis zum Jahr 2011/12 soll in Polen eine 3. Basis mit 10 Abwehr-Raketen („Ground-Based Interceptor") desselben Typs aufgebaut werden, wie sie derzeit in Alaska (Ft. Greely, 2008 38 Raketen) und Kalifornien (Vandenberg AFB) stationiert werden. Außerdem ist geplant, in der Tschechischen Republik eine Radar-Anlage (X-Band) zu stationieren. Die Gesamtkosten hierfür werden auf $1.6 Mrd. geschätzt.[3]

Offiziell sollen die geplanten Installationen in

Osteuropa Raketenangriffe aus dem Iran abwehren[4], betrachtet man die Angelegenheit aber etwas genauer, kommen hieran erhebliche Zweifel auf. Denn der Iran besitzt weder Interkontinentalraketen noch könnte er diese auf absehbare Zeit mit Atomsprengköpfen bestücken.[5] Selbst wenn man annehmen würde, der Iran besäße Atomraketen, käme es der Selbstvernichtung gleich, einen Angriff gegen die USA und deren Verbündeten zu starten, da die USA ein hundertfaches Atompotenzial besitzen, um den Iran vollkommen zu vernichten. Obwohl dies gerne suggeriert wird, ist mit einem Offensivangriff „aus heiterem Himmel" also nicht zu rechnen, wie auch eine Pentagon-Studie einräumt: „Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Schurkenstaat [...] eine Interkontinentalrakete gegen die USA startet, ist, wenn auch nicht völlig ausgeschlossen, so doch verschwindend gering."[6] Warum also verzerren die USA absichtlich die Gefahren, die von nordkoreanischen oder iranischen Raketen ausgehen könnten?

Eine Antwort ist, dass Raketenabwehrsysteme keineswegs, wie permanent suggeriert wird, defensiven Charakter haben. „Mit anderen Worten, bei Raketenabwehr geht es nicht um Verteidigung, sondern um Angriff."[7] Denn eine Hauptaufgabe des Abwehrschilds besteht darin, es den USA weiterhin zu ermöglichen, Länder, ohne Furch vor einem verheerenden Gegenschlag, militärisch angreifen zu können, wie zwei führende Neokonservative unumwunden zugeben: „Ein Raketenabwehrsystem [...] ist die sine qua non für eine Strategie amerikanischer Vorherrschaft. [...] Nur ein gut geschütztes Amerika wird in der Lage sein, Schurkenstaaten abzuschrecken - und wenn notwendig gegen sie vorzugehen - falls sie die regionale Stabilität gefährden."[8]

Auch wenn es sich hierbei sicherlich um eine wichtige Motivation der USA handelt, ist es fraglich, ob die geplanten Installationen in Osteuropa in diesem Zusammenhang Sinn machen, es gäbe plausiblere Stationierungsorte, ginge es darum, Raketen aus dem Iran abfangen zu wollen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow stellte deshalb die offizielle US-Argumentation direkt in Frage. „Wir sehen im Moment keine Bedrohung, welche die Stationierung von US-Abwehrraketen in Polen und von Radaranlagen in Tschechien rechtfertigen würde. [...] Diese Gegend ist nicht die richtige, um auf die iranische Bedrohung zu reagieren."[9] Auch der russische Präsident Wladimir Putin gab an, für den Abschuss iranischer Raketen seien die geplanten Raketenabwehrinstallationen so praktisch, „wie sich mit der linken Hand ans rechte Ohr zu fassen."[10] So liegt aus Moskaus Sicht der Verdacht nahe, dass die Installationen tatsächlich gegen Russland gerichtet sind, zumal Washingtons Nuklearstrategie wenig dazu beiträgt, diese Bedenken auszuräumen - im Gegenteil.[11]

Washingtons nuklearer Vormachtanspruch

Die russischen Befürchtungen sind nur vor dem Hintergrund der offen erklärten US-Ambitionen zu verstehen, ihre (militärische) Hegemonialposition ad infinitum aufrecht zu erhalten, ja sogar auszubauen. Russland wird diesbezüglich offen als potenzieller Rivale benannt, dessen (Wieder-)Aufstieg es zu verhindern gelte.[12] Zieht man die entsprechenden Dokumente über die US-Nuklearpolitik hinzu, wird deutlich, dass hierfür nicht nur eine konventionelle, sondern auch eine atomare Überlegenheit gegenüber Russland angestrebt wird.

So äußerte sich die wichtigste Vorstudie zum „Nuclear Posture Review", der Ende 2001 fertig gestellten Neufassung der US-Nuklearstrategie, folgendermaßen: „Washington kann heute nicht wissen, ob Russland oder was dies betrifft auch China künftig neutral, freundlich oder Teil einer feindlichen Allianz sein werden. Aus diesem Grund ist es augenblicklich nicht vernünftig, den Charakter und die Qualität des amerikanischen strategischen Nuklearsenals auf eine annähernde Parität mit den russischen strategischen Nuklearkräften festzulegen."[13] Für eine derartige künftige Konfrontation möchte man buchstäblich gerüstet sein, indem man sich schon heute einen beträchtlichen Vorsprung verschafft: „Die Aufrechterhaltung einer zahlenmäßig Überlegenheit könnte nützlich sein, um die US-Bereitschaft zu signalisieren, sich gegen jeden aggressiven Rivalen zu behaupten. [...] Eine große Zahl von Atomwaffen könnte, v.a. gegenüber einem feindlichen China oder Russland - oder, noch schlimmer, einer sino-russischen Allianz - notwendig sein."[14] Im regierungsoffiziellen „Nuclear Posture Review" selbst wird Moskau ebenfalls offen als mögliches Ziel amerikanischer Nuklearwaffenangriffe benannt und betont, dass „die USA für den Fall sich erheblich verschlechternder russisch-amerikanischer Beziehungen möglicherweise schnell in der Lage sein müssen, ihre atomare Truppenstärke und Zusammensetzung zu verändern."[15]

Die Tragweite dieser Sätze ist kaum zu überschätzen. Denn sie kündigen das bislang gültige Paritätsprin-

zip auf, das mittels Rüstungskontrollverträgen ein annähernd gleiches Niveau der russischen und amerikanischen Atomwaffenarsenale festschrieb und damit explizit verhinderte, dass eine der beiden Seiten eine nukleare Vormachtstellung erlangen konnte. Da dieses Paritätsprinzip von den USA mittlerweile einseitig aufgekündigt wurde, sieht Moskau darin einen gezielten Versuch, die russische Zweitschlagfähigkeit zu negieren, also dass sich die USA „im Falle sich verschlechternder Beziehungen" in die Lage versetzen wollen, mit einem Erstschlag den Großteil der russischen Atomwaffen ausschalten und den Rest ggf. mit seinem Abwehrschild neutralisieren zu können.

Sollten die USA hierzu wirklich in der Lage sein, würde dies die bisherige strategische Balance fundamental zuungunsten Russlands verändern, wie das wichtigste wissenschaftliche Pentagon-Beratungsgremium, das „Defense Science Board", ausführt: „Wenn die USA über eine solche [Erstschlags]Kapazität gegenüber irgendeinem Land verfügen, dann behandeln wir dieses Land in derselben Kategorie wie ein mit Massenvernichtungsmitteln bewaffneter Schurkenstaat - das bedeutet, ein Land, dessen Massenvernichtungsmittel die USA mit akzeptablen Risiken neutralisieren kann."[16] Mit anderen Worten, allein die Fähigkeit einen nuklearen Entwaffnungsschlag plausibel androhen zu können, könnte für Moskau zur Folge haben, dass es sich denselben Erpressungen ausgesetzt sehen wird, wie sie in Washingtons Umgang mit „Schurkenstaaten" bereits heute die Normalität darstellen.

So abenteuerlich dies auch klingen mag, Washingtons Rüstungsprojekte deuten darauf hin, dass genau dies beabsichtigt wird. Berücksichtigt man zudem, dass sich die russisch-amerikanischen Konflikte in den letzten Jahren tatsächlich gravierend verschärft haben - man denke nur an Putins deutliche Worte auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2007 - und inzwischen wieder offen von der Möglichkeit eines „Neuen Kalten Krieges" gesprochen wird, hat Moskau sicher allen Grund, besorgt zu sein.

USA: Rüsten für den Erstschlag

Schon 2001 kam eine umfangreiche Studie zu dem Ergebnis, dass Washington kurz vor Erlangung einer Erstschlagfähigkeit gegenüber Russland stehe.[17] Seither verändert sich das Kräftegleichgewicht immer weiter zuungunsten Moskaus. Berechnungen des renommierten „Bulletin for the Atomic Scientists" zu Folge wird das russische Arsenal in den nächsten Jahren aufgrund erheblicher Finanzierungsprobleme beträchtlich schrumpfen.[18] Manche Experten prophezeien bereits eine Reduzierung von derzeit ca. 3400 Sprengköpfe auf 400-500 im Jahr 2020.[19]

So gesehen ist das russische Interesse an einem Abrüstungsvertrag mit den Vereinigten Staaten, der eine niedrige und für beide Seiten verbindliche Höchstzahl an strategischen Waffen festschreibt, nur allzu verständlich. Denn der START I-Vertrag, der Obergrenzen für die strategischen Trägersysteme festlegt, läuft bereits im Jahr 2009 aus. Zwar einigten sich Moskau und Washington im Mai 2002 auf den Strategic Offensive Reductions Treaty (SORT), der eine Reduzierung der operationellen Atomsprengköpfe auf 1700-2200 Stück bis zum Jahr 2012 vorschreibt. Allerdings fehlt SORT im Gegensatz zu früheren russisch-amerikanischen Verträgen das Kernelement der Irreversibilität, also Klauseln, die verbindlich die Zerstörung von Sprengköpfen anordnen. Stattdessen können diese eingelagert werden und stehen so bei Bedarf für eine schnelle atomare Aufrüstung zur Verfügung.[20] Und tatsächlich deutet alles darauf hin, dass Washington die Kapazitäten ausbaut, um in möglichst kurzer Zeit sein Arsenal rapide aufstocken zu können. So ist bspws. die unter Bush ausgeweitete US-Tritiumproduktion auf weit höhere Zahlen als die SORT-Obergrenze ausgerichtet.[21] Kurz zusammengefasst, wird es im Jahr 2012, also zu dem Zeitpunkt, an dem auch geplant ist, den US-Raketenschild massiv ausgebaut und die Teilelemente in Osteuropa in Betrieb genommen zu haben, keine vertraglich bindende Begrenzung der strategischen Trägersysteme und der atomaren Sprengköpfe geben. Die USA könnten also massiv aufrüsten und so die strategische Balance grundlegend verändern, ohne dass Russland aufgrund seiner Finanzprobleme in der Lage wäre, dem etwas entgegensetzen zu können. Vor diesem Hintergrund ist Washingtons kategorische Weigerung, über das Jahr 2012 hinaus irgendwelche Obergrenzen zu akzeptieren von besonderer Brisanz, da sie den Verdacht, Washington strebe eine nukleare Erstschlagsfähigkeit an, zusätzlich erhärtet.

Dies wird durch zahlreiche Maßnahmen zur „Verbesserung" des US-Atomwaffenarsenals weiter untermauert, die zwar offiziell nur gegen Schurkenstaaten gerichtet sind, de facto aber immer auch die Erstschlagskapazitäten gegenüber Russland (und China) erhöhen.[22] Am wichtigsten ist hier „Enhanced Effectiveness", ein Programm zur Erhöhung der Zielgenauigkeit des W76 Sprengkopfes, mit dem die

Fähigkeit zur Zerstörung russischer Raketensilos erheblich verbessert wird.[23] In dieses Bild passt auch, dass auch der aktuelle nukleare Operationsplan der USA (SIOP, bzw. OPLAN 8044) vom Oktober 2003 weiterhin primär auf die Zerstörung russischer und chinesischer Raketen, also auf ein Erstschlagsszenario ausgerichtet ist.[24]

Vieles spricht also dafür, zu vermuten, dass die Erlangung einer Erstschlagfähigkeit ein vorrangiges Ziel der US-Nuklearpolitik darstellt.[25] Ein Artikel in der renommierten „Foreign Affairs" mit dem bezeichnenden Titel „Der Aufstieg der USA zur nuklearen Vorherrschaft" lässt diesbezüglich nichts an Deutlichkeit vermissen: „Streben die Vereinigten Staaten mit Absicht die nukleare Dominanz an? [...] Die Natur der vorgenommenen Veränderungen bezüglich des Arsenals und der offiziellen Politik und Rhetorik stützen diese Schlussfolgerung. [...] Mit anderen Worten, die gegenwärtigen und künftigen Nuklearstreitkräfte der USA scheinen dafür konzipiert zu sein, einen präemptiven Entwaffnungsschlag gegen Russland oder China zu führen."[26]

Der Schild als Waffe gegen Russland

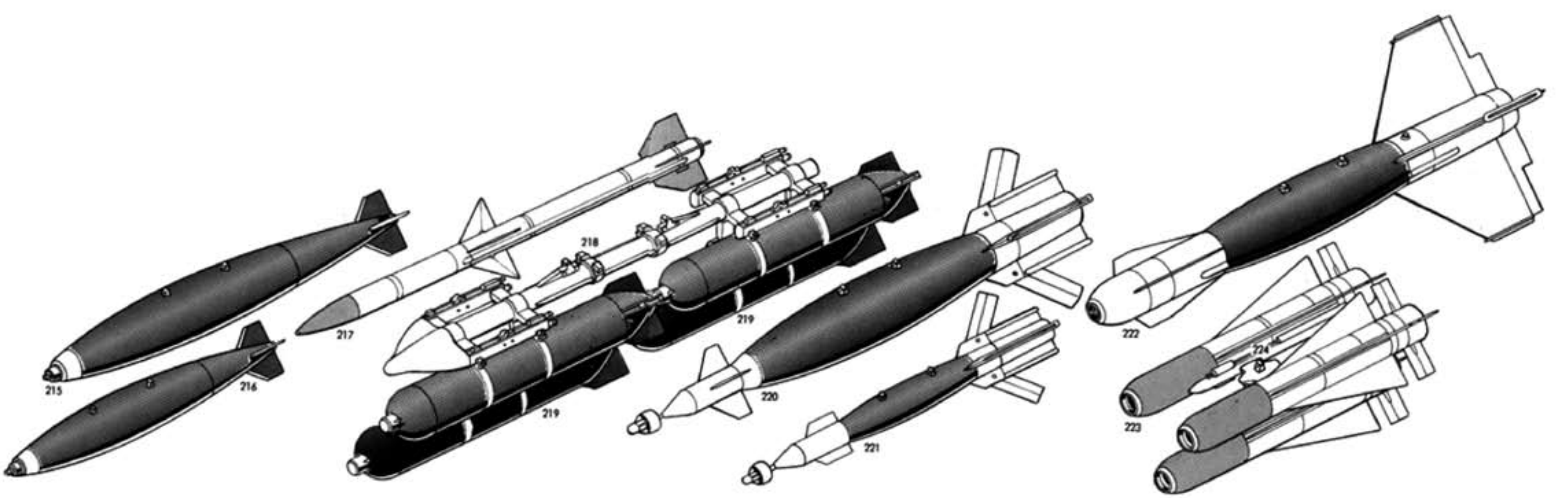
Der Foreign Affairs-Artikel lässt keine Zweifel am Sinn und Zweck der US-Raketenabwehr aufkommen: „Die Art von Raketenabwehr, die von den USA wahrscheinlich zum Einsatz gebracht werden wird, wäre primär in einem offensiven Kontext sinnvoll - nicht in einem defensiven - als Ergänzung einer amerikanischen Erstschlagfähigkeit, nicht als Schutzschild an sich. Wenn die Vereinigten Staaten einen Nuklearangriff gegen Russland (oder China) führten, blieben dem angegriffenen Land nur ein kleines Arsenal übrig - wenn überhaupt. Dann wäre sogar ein relativ bescheidenes oder wenig wirksames Raketenabwehrsystem zur Verteidigung gegen Vergeltungsschläge ausreichend, denn der schwer angeschlagene Feind hätte nur noch wenige Sprengköpfe und Ablenkungsattrappen. [...] Washingtons konsistente Weigerung, einen Erstschlag auszuschließen und die Entwicklung einer begrenzten Fähigkeit zur Raketenabwehr bekommen so eine neue, möglicherweise weit bedrohlichere Bedeutung."[27]

Nachdem die US-Raketenabwehr schon zuvor als Gefahr wahrgenommen worden war, war die Ankündigung, Teile davon in Osteuropa zu stationieren, der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Denn auch wenn die USA unentwegt betonen, dies stelle keine Bedrohung für Russland dar, sehen dies Experten völlig anders. So berichtet der „Spiegel", der Physiker und Atomexperten Jürgen Altmann halte es „durchaus für möglich, dass in Polen stationierte Raketen russische Interkontinentalgeschosse auf dem Weg in die USA abfangen könnten. Wichtiger aber sei das geplante X-Band-Radar in Tschechien: Mit seiner Hilfe können Raketenstarts in Russland umfassend beobachtet werden. Außerdem könnten die Abfangraketen in Polen auch zu offensiven Waffen umfunktioniert werden - möglicherweise mit nuklearen, auf jeden Fall aber mit konventionellen Sprengköpfen. Wegen der geografischen Nähe würden sie aus Sicht russischer Militärplaner eine große Bedrohung für die eigenen Atomraketensilos darstellen."[28]

Offensichtlich wird dies auch in Russland so gesehen, wie aus den Aussagen von Generaloberst Boris Tschelzow, dem Chef des Hauptstabes der russischen Luftstreitkräfte hervorgeht: „Die Ausweitung der Forschungen zur Raketenabwehr-Problematik, die Tests von diesen und anderen Technologien, die Initiativen der Nato-Neulinge (Polen, Tschechien) zur Aufstellung von Segmenten des einheitlichen globalen Luft- und Raketenabwehrsystems der USA auf ihren Territorien, bieten dem Pentagon und seinen Bündnispartnern in der NATO die Möglichkeit, unsere strategischen Atomwaffen an dem sensibelsten Anfangsabschnitt der Flugbahn, der Aufstiegsbahn zu vernichten."[29] Noch deutlicher wurde der russische Außenminister Sergei Lawrow: „Wir können gar nicht anders, als festzustellen, dass diese Einrichtungen [in Polen und der Tschechischen Republik] in der Lage sein werden, Raketen, die von Russland aus gestartet werden, abzufangen."[30] Dass die USA darüber hinaus auch noch offen darüber spekulieren, weitere Teile ihrer Raketenabwehr im Kaukasus zu errichten[31], verschärft die russische Bedrohungswahrnehmung zusätzlich und erklärt die weit reichenden Gegenmaßnahmen, die von Moskau inzwischen angekündigt wurden.

Neues Wettrüsten?

Bei einem Treffen von Wladimir Putin und seinem tschechischen Amtskollegen Vaclav Claus Ende April 2007, erklärte der russische Präsident, die Raketenabwehranlagen in Osteuropa seien von ähnlicher Tragweite, wie seinerzeit die Stationierung von Pershing-Atomraketen in Deutschland („NATO-Doppelbeschluss"). Als Gegenmaßnahme kündigte er an, den von den NATO-Staaten nicht ratifizierten Vertrag über



Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) ebenfalls auf Eis zu legen.[32] Als weitere Reaktion auf die US-Pläne versucht Russland die Herstellung der neuesten Atomwaffengeneration, der Topol-M (SS-27), zu beschleunigen. Denn sie verfügt über umfangreiche Gegenmaßnahmen („countermeasures"), um einen Raketenabwehrschild zu überwinden und wurde auch genau für diesen Zweck entwickelt. Da deren Produktion aber nur extrem schleppend vorankommt und Interkontinentalraketen zudem extrem teuer sind, wird derzeit eine andere Möglichkeit erwogen. Immer häufiger stellen hochrangige russische Politiker den INF-Vertrag, einen der bedeutendsten Abrüstungsverträge überhaupt, in Frage.

Die Qualität des 1987 zwischen Washington und Moskau abgeschlossenen INF-Vertrags liegt darin, dass mit ihm die Vernichtung aller Raketen mit mittlerer und kürzerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer) ebenso beschlossen wurde, wie ein Produktionsverbot für neue Waffen dieser Gattung. Da atomare Kurz- und Mittelstreckenraketen aber erheblich kostengünstiger sind, stellen sie aus Moskaus Sicht eine effektive Maßnahme dar, um Washingtons Versuchen, die strategische Balance zu verändern, entgegen zu wirken. Dies würde vor allem für Europa gravierende Auswirkungen haben: „Falls sich Russland vom INF-Vertrag zurückzieht, werden sich die Vereinigten Staaten und die NATO in Kürze einer komplett neuen Generation von fortgeschrittenen Kurz- und Mittelstreckenraketen gegenübersehen, die abermals europäische Städte einer möglichen nuklearen Vernichtung aussetzen werden."[33] Somit besteht die reale Gefahr, dass Europa direkt in den Sog der aggressiven US-Nuklearstrategie hineingezogen wird, mit drastisch negativen Folgen für die Sicherheitslage.

Anstatt aber dieser drohenden Eskalationsspirale eine klare Absage zu erteilen, indem jegliche Form eines Raketenabwehrsystems auf europäischem Boden abgelehnt wird, findet der Vorschlag einer NATO-Raketenabwehr immer mehr Anhänger.

NATO-Raketenabwehr: (K)eine Alternative?

Wie eingangs erwähnt, ist der Vorschlag - sozusagen als vertrauensbildende Maßnahme - die Installationen in Osteuropa in eine NATO-Raketenabwehr zu integrieren, aus mehreren Gründen grotesk. Er dürfte schon allein daran scheitern, dass das derzeit diskutierte System Teil eines rein nationalen Vorhabens der USA ist. Zu glauben, die USA würden sich in Fragen ihrer Nationalen Raketenabwehr in irgendeiner Form hineinreden lassen, ist bestenfalls naiv, wie selbst die CDU-nahe Konrad Adenauer Stiftung einräumt: „[Washington hat] explizit zu verstehen gegeben, dass die Kontrolle über Systeme, die die USA verteidigen, ausschließlich in amerikanischer Hand bleiben würde. [...] Bestrebungen, das nationale amerikanische System in der NATO ‚kontrollieren zu wollen', sind daher unrealistisch."[34]

Es ist also offensichtlich, dass jegliche NATO-Raketenabwehr zusätzlich zu den geplanten US-Einrichtungen installiert würde und schon allein aus diesem Grund keine sinnvolle Option darstellt, um die russischen Bedenken auszuräumen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, weshalb eine NATO-Raketenabwehr auf Moskau - selbst für den unwahrscheinlichen Fall, dass die USA auf rein nationale Installationen in Osteuropa verzichten sollten - besonders beruhigend wirken sollte. Denn wenn die NATO in den letzten Jahren - vom Angriffskrieg gegen Jugoslawien bis hin zu den Osterweiterungen - eines unter Beweis gestellt hat, dann ist es, dass sie nicht bereit ist, auf fundamentale russische Sicherheitsinteressen auch nur die geringste Rücksicht zu nehmen. Vor diesem Hintergrund ist die Aussage von Verteidigungsminister Jung besonders skurril, Moskau könne eine NATO-Raketenabwehr im Gegensatz zu einem rein amerikanischen Projekt begrüßen, denn man könne dann „im Nato-Russland-Rat dafür sorgen, dass die russischen Bedenken ausgeräumt werden."[35] Denn die Allianz selbst wird inzwischen wieder immer stärker als direkte Bedrohung wahrgenommen: „Wir können nicht unbesorgt darüber sein, dass die Militär-Infrastruktur der Nato immer näher an unsere Grenzen heranrückt", sagte der russische Außenminister mit Blick auf die jüngsten Nato-Erweiterungen.[36] Auch Wladimir Putin betont: „Der Prozess der NATO-Osterweiterung hat nichts mit einer Modernisierung der Allianz oder der Sicherheit Europas zu tun. Im Gegenteil, sie ist ein ernsthafter Faktor das gegenseitige Vertrauen zu reduzieren."[37] Eine Stationierung von Teilen der NATO-Raketenabwehr in Osteuropa wäre damit ein weiterer Eintrag in die lange Liste gebrochener Zusagen und würde die russische Wahrnehmung einer militärischen Einkreisung durch das Bündnis noch weiter verstärken: „Die NATO hat bei ihrer Erweiterung 1997 versprochen, auf den Territorien der neuen Mitglieder keine strategisch bedeutsamen Militärpotentiale zu stationieren. Dieses Versprechen würde mit einer Raketenstationierung gebrochen."[38]

Das Vorpreschen in Sachen NATO-Raketenabwehr dürfte also kaum damit zu erklären sein, dass wirklich geglaubt wird, Moskau erachte dies als eine vertrauensbildende Maßnahme. Deshalb ist es plausibel, dahinter einen Propagandatrick zu vermuten, um die Öffentlichkeit vom „Sinn" eines NATO-Abwehrschildes zu überzeugen. Denn schon auf dem NATO-Gipfel in Prag im Jahr 2002 gab das Bündnis eine Raketenabwehr-Machbarkeitsstudie („Missile Defense Feasibility Study") in Auftrag, die inzwischen mit einem Umfang von 10.000! Seiten fertig gestellt wurde, ohne dass die Bevölkerung jedoch von ihrem Inhalt erfahren würde. Angesichts der gravierenden strategischen Auswirkungen eines solchen Projektes wäre eine öffentliche Debatte um den Sinn bzw. Unsinn eines solchen Unterfangens jedoch dringend geboten. Zumal die wenigen Informationen, die bislang über die anfallenden Kosten durchgesickert sind, zeigen, dass es hier keineswegs um Peanuts geht.

Auf Grundlage eines Konferenz-Beitrags des hochrangigen NATO-Beamten Peter C. W. Flory über die Kernelemente der Machbarkeitsstudie, wurden diese von Geopowers.com folgendermaßen zusammengefasst:

„- Am unteren Ende der NATO-Optionen steht die ‚low cost'-Alternative, die ‚einige Hundert Millionen Euro' kosten würde: Die bereits jetzt bestehenden nationalen ‚Battle-Management-Fähigkeiten' (BMC3I) würden für alle NATO-Staaten verfügbar werden. Damit wäre aber nicht die Stationierung von irgendwelchen Abwehr-Raketen verbunden;

- Eine mögliche Zwischenlösung für die NATO wäre die Anschaffung eines Abwehrsystemes mit ein bis zwei Radaren und einer Abschuss-Anlage für Raketen, die gegnerische Raketen im mittleren Flugabschnitt (midcourse interceptor) treffen sollen. Kosten: 6 - 8 Milliarden EUR);

- Die ‚High-End'-Lösung wird auf runde 20 Milliarden EUR geschätzt:
Eine komplette Verteidigungsarchitektur mit mehreren Abschuss-Plätzen und einem verteilten ‚Sensor Network'."[39]

Fest steht, dass die Allianz beschlossen hat, bis zum Jahr 2010 eine taktische Raketenabwehr (Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence) zum Schutz im Ausland stationierter Truppen aufzubauen. Uneinigkeit herrscht jedoch, ob dies das Ende der Fahnenstange sein oder ob auch ein umfangreicher Schutz europäischen Territoriums nach US-Vorbild ins Auge gefasst werden soll. Obwohl nun erst einmal beschlossen wurde die technische Machbarkeit weiter zu prüfen, sollte ein Beitrag im „NATO-Review", dem Hausblatt der Allianz, aufhorchen lassen, da er angibt, es bilde sich innerhalb der NATO allmählich ein Konsens für die High-End-Lösung mit Kosten in Höhe von etwa 20 Mrd. Euro heraus.[40]

Raketenabwehrsysteme bringen keine Sicherheit, am allerwenigsten für Europa, sie lösen lediglich ein neues Wettrüsten aus, wie die von russischer Seite angekündigten Gegenmaßnahmen belegen sollten. Statt Milliardenbeträge in offensive Rüstungsprojekte - und Raketenabwehrsysteme sind nicht anderes - zu investieren, müsste dringend die Möglichkeit umfassender nuklearer Abrüstung genutzt werden, die russische Seite wäre hierzu schon allein aus begründetem Eigeninteresse nur allzu bereit.

Quelle + Anmerkungen unter: http://www.imi-online.de/2007.php3?id=1557

Antifaschistischer Aktionstag am 18. August 2007

ns-verherrl

Wir rufen alle Antifaschistinnen und Antifaschisten dazu auf, am 18. August deutlich zu zeigen, dass wir jeder Form der Verherrlichung des Nationalsozialismus entschieden engegentreten - egal wann und egal wo!

20 Jahre ist es her, dass die letzte Führungsperson des nationalsozialistischen Regimes zu Grabe getragen wurde: Am 17. August 1987 beging der Hitlerstellvertreter Rudolf Hess im Militärgefängnis Berlin-Spandau Selbstmord. Seitdem versuchen Alt- und Neonazis alljährlich seiner zu gedenken. Im Kern geht es dabei jedoch um den Versuch, den Nationalsozialismus zu rehabilitieren und ein revisionistisches Geschichtsbild zu etablieren. Dem setzen wir unseren Antifaschistischen Aktionstag entgegen.

Die verschiedenen Erzählungen, die sich um den glühenden Antisemiten und Hitlerverehrer ranken, schienen zumindest bis zum Jahr 2004 recht wirkungsvoll: Fast 5000 Alt- und Neonazis marschierten durch das bayrische Wunsiedel um Hess zu gedenken. Dort liegt er begraben und dieser Ort ist es auch, der seit seinem Tod im jährlichen Mittelpunkt neonazistischen Interesses steht. Das ritualisierte Gedenken an den Hitlerstellvertreter war in den Jahren 2001 bis 2004 eines der wichtigsten Events der Neonaziszene: es war spektren- und länderübergreifend, ein fester Termin mit starken intern stabilisierenden Effekten. Die vermeintliche Trauer ließ Szenestreitigkeiten in den Hintergrund rücken, setzte emotionale und identitäre Bindungskräfte frei und bot die Möglichkeit zur Konstruktion nationalsozialistischer Traditionslinien. Diese Effekte sind eng verkoppelt mit der Präsenz auf der Straße - es ist der Versuch, Hess als Symbolfigur am Leben zu erhalten.

In den letzten beiden Jahren wurde der Hessmarsch aufgrund öffentlichen und antifaschistischen Drucks verboten. Die versuchten Ersatzveranstaltungen fielen jedoch in ihrer Bedeutung weit hinter die Hessmärsche in Wunsiedel zurück. Die bisherigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Hessmarsch waren Eilentscheidungen. Die Verfassungsmäßigkeit des erweiterten Volksverhetzungsparagraphen, auf den sich die Verbote stützen, wurde nicht geprüft. Eine solche Überprüfung kann nur im Rahmen der laufenden Klage des Anmelders Jürgen Rieger erfolgen. Diese Klage ist vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abgelehnt worden, eine abschließende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Hauptsacheverfahren ist nicht absehbar. Auch dieses Jahr wird es also wieder zu einer Eilentscheidung kommen. Deren Ausgang ist erneut ungewiss. Klar ist aber, dass das Verfassungsgericht das Verbot nicht jedes Jahr bestätigen und die Nazis auf die Anmeldungen für die nächsten Jahre verweisen kann.

Die juristisch unklare Situation lässt es nicht zu, die Hände in den Schoß zu legen und auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtes zu vertrauen - das wäre politisch fatal. Nach den erfolgreich durchgeführten Aufmärschen von 2001 bis 2004 würde ein neuerlicher Aufmarsch 2007 dem Mythos Hess schnell wieder Aufwind verschaffen. Wir sagen Nein zu jeder Form der NS-Verherrlichung - und am 20. Todestag des Hitlerstellvertreters erst recht!
Neonazis versuchen an verschiedene gesellschaftliche Diskurse anzudocken, wie zum Beispiel bei den Protesten gegen Hartz IV

kein ort für die verherrlichung des nationalsozialismus! *kein raum*

achtet auf weitere ankündigungen

oder Globalisierung. Es sind aber vor allem historische Bezüge, auf denen eine eigene Identität aufbaut. Damit gelingen ihnen - wie in Wunsidel, Halbe oder Dresden - die zahlenmäßig stärksten Mobilisierungen. Geschichte ist nicht gleichbedeutend mit bloßer Vergangenheit. Sie ist die Brücke ins Jetzt, der Streit um ihre Deutung ist der Streit um gesellschaftliche Realitäten. Aus diesem Grund ist es eben nicht egal, wenn Neonazis ihre historischen Vorbilder aufleben lassen, wenn sie in fanatischen Hitleranhängern Helden ausmachen und wenn sie deutsche Täterinnen und Täter zu Opfern stilisieren.

Auch wenn die Gesellschaft ihnen darin nicht folgt, fügt sich das neonazistische Heldengedenken doch in ein gesamtgesellschaftliches Geschichtsbild ein. Wenn Deutsche in gesellschaftlich-historischen Diskursen heute hauptsächlich als Opfer vorkommen, wenn die deutsche Vergangenheit zur Legitimation von Kriegseinsätzen fungiert oder wenn ein Herr Filbinger plötzlich als Widerstandskämpfer inszeniert wird, ist dies zwar eine andere Ebene der Geschichtsbearbeitung, die zum Teil auch über die Abgrenzung zum Nationalsozialismus funktioniert. Aber sie zeigt, wie die Haltung weiter Teile der Bevölkerung zum Nationalsozialismus ist und warum sich große Teile der deutschen Gesellschaft unwillig zeigen, konkret gegen neonazistische Veranstaltungen zu agieren.

Die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! richtet sich seit ihrem Bestehen gegen jede Art der Verherrlichung des Nationalsozialismus und gegen jede Art der Verdrehung und Relativierung der deutschen Geschichte. Neonazistische Großveranstaltungen wie in Wunsiedel, Dresden oder Halbe, die Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus bei gleichzeitiger Ehrung nationalsozialistischer Täter wie in Mittenwald, finden wir nach wie vor unerträglich. Dem werden wir unseren antifaschistischen Widerstand entgegensetzen und fordern alle Antifaschistinnen und Antifaschisten auf, dies mit uns gemeinsam zu tun. Es gibt kein Ende der Geschichte!

Die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! hat sich im Jahr 2004 gegründet, um das neonazistische Gedenken in Wunsiedel nicht unwidersprochen hinzunehmen. Und wir werden uns den Nazis auch in diesem Jahr entgegenstellen. Sollte der Hessmarsch in diesem Jahr in Wunsiedel erlaubt werden, werden wir da sein und zeigen, was wir von diesem Totentanz halten: rein gar nichts! Solle der Hessmarsch nicht in Wunsiedel stattfinden, werden wir unseren Antifachistischen Aktionstag an einem anderen Ort durchführen.

Infoveranstaltung gegen das Hessgedenken Am 03.08.2007 Infoveranstaltung in Hamburg im Rahmen des Antifacafés in der Hafenvokü, ab 19 Uhr.
Demonstration gegen das Hessgedenken Am 14.08.2007 antifaschistische Demonstration in Hamburg gegen das neonazistische Gedenken an Rudolf Hess. 19 Uhr, S-Bahn Blankenese.

fight

„Schön" und „hässlich" und was das mit (geschlechtlicher) Normierung zu tun hat

Lookism – das ist ja was ganz neues?! Ist der Begriff auch eher unbekannt, beschreibt er dennoch einen gewohnten und ganz alltäglichen Mechanismus. Menschen werden in „schön", „hässlich" oder irgendwo „dazwischen" eingeteilt und erhalten aufgrund dessen Vor- oder Nachteile. Das ist – kurz gefasst - Lookism.

Was „schön" und „hässlich" ist, wird durch gesellschaftliche Prozesse bestimmt. Menschen, die dem gerade vorherrschenden Schönheits- bzw. Körperideal nicht entsprechen, werden ausgegrenzt. Es ist schwieriger, Freund_innen(*1) zu finden, mensch muss besonders viele Qualitäten aufweisen, dass sich „trotzdem" eine_r in sie_ihn verliebt, unter Umständen gibt es scheiß Blicke und Sprüche in der Straßenbahn oder anderswo im öffentlichen Raum. Diese gesellschaftlich konstruierten Ideale werden meist verinnerlicht und auch auf sich selbst angewendet, so dass mensch noch nicht mal bei der Selbstbetrachtung von diesen verschont bleibt. Lookism überall und kein Entrinnen...

Genauso wie die Vorstellung von Geschlecht ist auch das Schönheitsideal je nach Kultur, Zeit und sozialem Umfeld völlig unterschiedlich. So galten früher beispielsweise dickere Menschen als „schöner" und in China waren bis ins 20.Jahrhundert kleine Füße der Inbegriff weiblicher „Schönheit", weshalb die Kinderfüße der Mädchen(*2) fest „geschnürt" und die Zehen gebrochen wurden; in Europa wiederum zwängten sich Frauen in Korsetts (oder wurden gezwängt). Und ob zum Beispiel sonnengebräunte Haut als „schön" wahrgenommen wird, ist auch zeitlich und kulturell bedingt.

Weltweit gesehen spielt auch die westlich weiße Vorherrschaft aufgrund von (post-)kolonialen Strukturen eine Rolle.So haben in vielen asiatischen Ländern fast alle kosmetischen Produkte einen „whitening"-Effekt, d.h. sie enthalten Wirkstoffe, die die Haut bleichen - unter anderem mit dem Ziel, dem weiß-westlichen Bild näherzukommen, das auch in TV und Werbung gezeigt wird. Um „westlichere" Augen zu bekommen, ist in Teilen Asiens die Lidoperation sehr beliebt.(*3)

Schaut mensch sich Lookism näher an, fällt auch auf, dass es gewisse strukturelle Parallelen zu anderen Unterdrückungsmechanismen gibt. So werden zum Beispiel sowohl bei Sexismus, Rassismus, Ableism(*4), Ageism(*5) als auch bei Lookism Menschen unter anderem(*6) anhand ihrer Körper nach einem hierarchischen Prinzip beurteilt. Sie erhalten auf Grund körperlicher Merkmale unterschiedlichen Status und/oder ihnen werden mit Werturteilen versehene Eigenschaften zugeschrieben.

Aber zurück zum jeweiligen Schönheitsideal. Je näher mensch diesem kommt, umso besser für den Marktwert, sowohl „beruflich" als auch im „Privaten". Denn auch hier ist es wichtig, sich „gut zu verkaufen", also eigene Vorzüge, auch die äußeren, in den Vordergrund zu stellen. So spielt es beim Aussuchen von Freund_innen meist auch eine Rolle, ob sie den eigenen Wert steigern oder zumindest den gleichen Marktwert besitzen wie mensch selber (denn wer will sich schon innerhalb des eigenen Umfeldes für Freund_innen „schämen" müssen?).

Diskriminierung aufgrund des Aussehens hat aber nicht nur mit Idealbildern, sondern auch viel mit gesellschaftlichen Normen zu tun, die den Schönheitsidealen den Rahmen vorgeben. Bestimmtes Aussehen ist „normal". Und ist mensch nicht „normal" – weil sie_er den aufgedrückten Erwartungen nicht entsprechen kann oder will, dann wird sie_er ausgegrenzt und angegriffen.

Aber nicht für jede_n gelten dieselben Normen. Welche Schönheitsnormen für wen zum Tragen kommen, hängt von mehreren Faktoren ab. Eine große Rolle spielt dabei das gesellschaftlich zugeteilte Geschlecht. So gelten Haare an den Beinen gesellschaftlich mal als „hässlich", mal nicht – je nachdem, ob das Bein von einer Frau oder einem Mann ist(*7). Von einer Frau wird also nicht nur das passende „weibliche" Verhalten verlangt, sondern auch das dementsprechende Aussehen (und für Frauen ist das Aussehen tendenziell immer noch wichtiger als für Männer(*8)), ein Typ dagegen muss wie ein „richtiger" Mann aussehen - sonst käme ja noch die Geschlechterordnung durcheinander..

Das Schönheitsempfinden ist also, genauso wie die Vorstellung von Geschlechtern und Sexualität, weder angeboren, „natürlich" oder gänzlich individuell, sondern immer von sozialen Normen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen beeinflusst. Klar haben alle unterschiedliche Lebensum-

stände und das Schönheitsempfinden der einzelnen ist daher auch nie absolut identisch, aber auch ein „total eigenes" Schönheitsempfinden wird trotzdem - und das nicht nur zufällig - in vielen Punkten mit dem gesellschaftlichen oder szeneinternen Schönheitsideal übereinstimmen. Und „Schönheit" lässt sich nicht ohne „Hässlichkeit" denken, wodurch es zwangsläufig zu einer Hierarchisierung von Individuen kommt.

Einerseits gibt es den Slogan „Liebe deinen Körper, so wie er ist!", der auch in sogenannten „Frauenzeitschriften" zu finden ist, während andererseits fast nur normentsprechende Körper gezeigt werden und die Wichtigkeit des Äußeren betont wird. Wie also soll mensch ihren_seinen Körper vorbehaltlos mögen, solange es gesellschaftliche/szeneinterne/.. Normvorstellungen von „schön" und „hässlich", von einem „richtigen" und „falschen" Körper gibt? Deshalb: Weg mit diesen Kategorien! Klar ist es toll, etwas „schön" zu finden. Problematisch wird es ja auch erst, wenn es sich nicht um Gegenstände dreht, sondern Individuen ins „schön-hässlich"-Raster gepackt werden. Genauso wie Geschlecht und Hautfarbe bei der Bewertung von anderen nicht nur eine untergeordnete Rolle, sondern gar keine spielen sollten, sollte unserer Meinung nach ein Individuum generell nicht aufgrund bestimmter Körperformen/-Merkmale auf- oder abgewertet werden.
Was nicht heißt, dass mensch niemanden mehr schön, im Sinne von toll/angenehm/sexy/..., finden soll. Wir denken, dass es genug andere Möglichkeiten und Gründe gibt, sich selber und andere zu mögen, nämlich was sie_er tut und sagt – und da gibt es ja mehr als genug Sachen, die mensch großartig (oder scheiße) finden kann!

Schönheitsvorstellungen drehen sich nicht nur um den Körper, sondern umfassen auch die „passende" Kleidung und Körpergestaltung, wobei es auch hier meist ganz unterschiedliche Erwartungen je nach angenommenem Geschlecht gibt. Diskriminierung aufgrund „unpassender" Kleidung findet einerseits zwischen (Sub-)Kulturen und Szenen mit konträren Kleidungsnormen statt, aber es gibt auch Diskriminierung innerhalb einer Szene, wenn es einem Menschen nicht gelingt (oder sie_er sich verweigert), dem internen

Schönheitsideal und Kleidungscode zu entsprechen.
Andererseits gibt es Menschen, die nach gesellschaftlicher/szeneinterner Ansicht den „richtigen" Stil haben, diese haben die „richtige" Kleidung in der „richtigen" Kombination mit den „richtigen" Accessoires und sind deshalb „schön" angezogen, was ihren Marktwert erhöht. Dieser „richtige" Stil ist von gesellschaftlichen/szeneinternen Nomen geprägt und daher auch je nach Zeitpunkt inhaltlich total unterschiedlich besetzt.

Allerdings lässt sich Kleidung nicht nur unter diesen Geschichtspunkt fassen. Einen Menschen abzuwerten, weil sie_er sich beispielsweise nicht die „passende" Modemarke leisten kann, ist eine Form von Ausgrenzung. Aber andererseits können durch Kleidung auch bewusst politische Aussagen transportiert werden – und es macht durchaus Sinn, eine Person nach diesen zu beurteilen (ein extremes Beispiel wäre eindeutig rechtsradikale Kleidung/Symbolik).
Also können Kleidung und andere Körpergestaltungen auch ein Mittel sein, sich selbst (politisch) auszudrücken und zu verorten. Unter Umständen kann Kleidung sogar einer subversiven Praxis dienen, zum Beispiel kann durch Kleidung/Schminke/etc. die herrschende Geschlechterordnung durcheinander gebracht werden. So stellt ein Typ mit Nagellack und Rock durchaus die heterosexistische Männlichkeitsvorstellung in Frage.

Durch solche Normbrüche kann nicht nur die geschlechtliche Ordnung aufgebrochen werden, sondern mensch kann auch dem gesellschaftlichen Konsens von „schön" und „hässlich" etwas entgegensetzen. Normen von Geschlecht (und damit auch Schönheit) lassen sich spielerisch und parodistisch umdrehen - und stellen somit das „Normale" in Frage. Dies ist auch eine Idee der Queer Theory. Dieses politische Konzept wendet sich gegen Normierungen jeglicher Art und beinhaltet auch eine kritische Auseinandersetzung mit möglichen Ausschlüssen innerhalb der eigenen (Sub-)Kultur. Daher richtet sich Queer als politischer Begriff auch gegen Lookism.
Eine andere, auch in der Queer Theory bekannte Strategie ist es, sich ursprünglich abwertende Bezeichnungen oder Kennzeichen anzueignen und positiv zu besetzen. Auch mit dieser Strategie können Schönheitsvorstellungen gestört werden. Ganz nach dem Motto „Fat and Proud" - einem Slogan des Fat Liberation Movement(*9), einer Bewegung, die gegen Diskriminierung und Vorurteile gegenüber dickeren Menschen kämpft und vor allem in den USA zu verorten ist.

Fight lookism? Menschen nicht nach ihrem Körper zu beurteilen, ist meist schwieriger als gedacht. Selbst wenn Gegenstrategien bestehen und von dem Konzept von „schön" und „hässlich" theoretisch Abstand genommen wird, lassen sich die damit verbundenen, schon lange verinnerlichten Denkmuster nicht einfach so streichen. Das kann nur ein Prozess sein. Davon abgesehen, dass es im realen Leben weiterhin einen riesigen Unterschied macht, ob mensch dem Schönheitsideal entspricht oder eben nicht – mit den damit verbundenen Vor-oder eben Nachteilen!
Obwohl es also eher trostlos aussieht, Normzustände sich nicht einfach so ändern lassen und es noch genug andere Probleme auf der Welt gibt, denken wir, dass es trotzdem Sinn macht, sich über die Vielzahl und Verschränkungen von Unterdrückungsverhältnissen bewusst zu werden und damit auch eigenes Verhalten, Positionen und eventuelle Privilegien kritisch zu hinterfragen.
In diesem Sinne: Radicalize yourself.

Text von: http://www.lookism.info/gender.html

ANMERKUNGEN

(1) Der Unterstrich „_innen" soll die Funktion haben, dass nicht nur Frauen mitgedacht werden, sondern auch Menschen, die sich zwischen/außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.
(2) Also die Kinder, die der Kategorie „weiblich" zugeordnet wurden. Wir gehen davon aus, dass die Geschlechterordnung bzw. die Zweigeschlechtlichkeit gesellschaftlich konstruiert ist, sprechen im Text aber trotzdem von Frau/Mann, da diese Konstrukte die Gesellschaft strukturieren und als Gewaltverhältnisse real wirksam sind.
(3) Was nur zeigt, dass das Schönheitsideal immer und überall etwas mit Machtstrukturen zu tun hat.
(4) Ableism ist die Diskriminierung von Menschen mit „Behinderung", da sie nicht in die gesellschaftliche Norm passen.
(5) Ageism bedeutet soziale und ökonomische Benachteiligung von Personen aufgrund ihres Lebensalters.(6) Dieses „unter anderem" ist wichtig, da diese Mechanismen komplexer sind, als dass sie sich nur auf die Formel „Diskriminierung aufgrund des Körpers" zusammenfassen ließen.
(7)Jedoch ist es in Teilen der linken Szene als Frau eher verpönt, sich zu rasieren (wobei sich die Frage auftut, ob es mit der Etablierung einer Gegen-Norm getan ist).
(8)Wobei die Vorstellung, dass Sich-Schön-Machen immer nur Frauensache war, etwa war die Geschlechterdifferenzierung nach Klasse." (Nina Degele: „Wie's gefällt", Freitag 39, http://www.freitag.de/2004/39/04392301.php)
(9) Ganz viel darüber steht im engl. Wikipedia http://en.wikipedia.org/wiki/Sizeism

Das »Neuschwabenland«-Forum wirbt für ein »kritisches Hintertragen« wissenschaftlicher und historischer Erkenntnisse über den zweiten Weltkrieg, Energieformen und politische Zusammenhänge und ist dabei tief in diverse Verschwörungstheorien verstrickt.

Arier in Flugscheiben

Seit fast fünf Jahren finden in Berlin etwa monatlich »Stammtische« des »Neuschwabenland«-Forums (NSL) statt, die sich zum Anlaufpunkt für extrem rechte Verschwörungstheore-tikerInnen entwickelt haben. Ein paar Dutzend von ihnen fast ausschließlich männlich und meist über 40 Jahre alt - versammeln sich im Berliner »Spittel-eck«. Mit kruden Zusammenhangskonstruktionen vermischen sie Verschwörungstheorien mit esoterischen und heidnischen Versatzstücken und schreiben dabei die Geschichte Deutschlands neu: In der Mythologie der NSL'ler ist der 2. Weltkrieg noch nicht beendet, es gibt keine Sieger, keine Niederlage, keinen Friedensvertrag. Anstatt von »BRD« sprechen und schreiben sie zumeist von BRD-OMF - »Bundesrepublik Deutschland - Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft«. Die Protagonistinnen des NSL bewegen sich im »Reichsbürger«- und Ho-locaustleugnerInnen-Spektrum. Von besonderer Bedeutung ist für sie ihre Internetpräsenz »unglaublichkeiten. com«, auf der nicht nur eine ungeheure Flut an Schwachsinn steht, sondern auch eine Unmenge an rassistischer, revisionistischer und antisemitischer Propaganda, Hakenkreuze, »Schwarze Sonnen« und Hitlerbilder ohne Rücksicht auf eventuelle juristische Konsequenzen gezeigt wird.

Flugscheiben vom Südpol

Im Zentrum der NSL-Agitationen steht die Annahme, dass Ufos nicht »unbekannte Flugobjekte« seien, sondern »umgelo-gene Flugobjekte«. Dem eingeweihten Kreis einiger UfologInnen ist die Herkunft und Bedeutung der Flugscheiben bekannt, während die »jüdisch-freimaurerisch-kommunistische Konspiration« ihre »wahre« Bedeutung zu verschleiern suche. Der NSL-Mythologie nach haben die Nationalsozialisten nämlich im Geheimen ihre Kriegstechnologie viel weiter entwickelt als allgemein bekannt. Sie hätten es geschafft, scheibenförmige Fluggeräte mit Wunder-Energie-Antrieb zu bauen, die bis heute manchmal am Himmel auftauchen würden. Während ein Großteil der »normalen« Ufo-Szene diese für außerirdische Fluggeräte hält, behauptet der Kreis der revisionistischen und extrem rechten esoterischen UfologInnen, dass die Flugscheiben mit Menschen besetzt seien, die, wie Jan Udo Holey (alias Jan van Helsing) zu wissen vorgibt, »hochgewachsen, äußerst hübsch, ja engelsgleich, blond, blauäugig aussehen und zu guter letzt auch noch deutsch sprechen«. Diese deutschen Flugscheiben-Besatzungen seien unterwegs, um das »Große Weltgericht« vorzubereiten, sprich: die geplante oder in Teilen schon verwirklichte »jüdisch-freimaurerische Neue Weltordnung« zu zerstören.

Die hinter diesen Nazi-Träumereien stehende Geschichtskonstruktion geht davon aus, dass kurz vor Kriegsende Hitler und seine Mannen mit einer Flugscheiben-Flotte in die Antarktis - genauer: in das 1938/1939 durch das »Deutsche Reich« in Besitz genommene Gebiet »Neuschwabenland« - geflüchtet seien. Dort betreiben sie - oder ihre Nachkommen, denn zu dem Punkt der Sterblichkeit der flüchtigen Nazis gibt es keine eindeutigen Aussagen - bis heute Ufo-Basen. Dafür sollen sie unterirdische Städte gebaut haben, in denen sie stetig ihre Gene verbessern und sich auf die große Rettungsaktion der Deutschen vor den »bösen Mächten« vorbereiten.

Die »Neuschwabenland«-Anhänger bringen auch die so genannten »Chemtrails« mit Nazi-Ufos in Verbindung. »Chemtrails« sind sich »unnormal« auflösende Kondensstreifen (Chemie-con-trails) und Wolkenformationen und in der Lesart eines wachsenden Teils der Esoterik- und Verschwörungstheorie-Szene der Beweis eines groß angelegten Wettermanipulationsprojektes, mit dem die Bevölkerung vergiftet werde. Laut NSL würden nun die Flugscheiben am Firmament gegen diese feindlichen, vermeintlich Giftgas versprühenden Flugzeuge kämpfen.

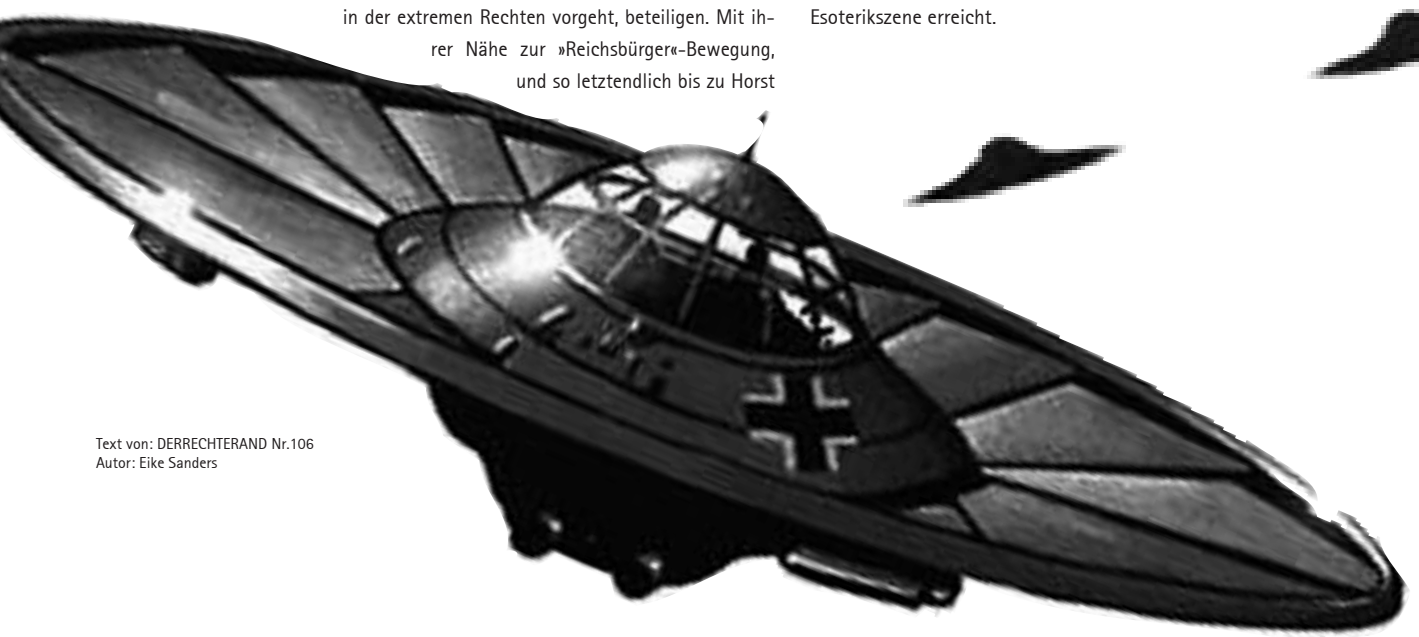
Mit an Bord: Die NPD

Mittlerweile beschäftigt sich auch die NPD mit »Chemtrails« und »reichsdeutschen Flugscheiben«, was sicherlich Teilen der Anhängerinnenschaft nicht behagen dürfte: Im Dezember 2005 stellte der Abgeordnete Winfried Petzold an den Sächsischen Landtag eine Kleine Anfrage, in der er von »ChemtraiU-Sichtun-gen berichtet und fragt, »inwieweit [...] die Behörden des Freistaates Sachsen über derartige Vorgänge informiert bzw. daran aktiv beteiligt« seien. Zwischen der NPD und dem NSL findet inzwischen auch ein unregelmäßiger

Austausch an Referenten statt. Am 5. März 2007 sprach Claus Peterson, der regelmäßig bei den NSL-Stammtischen zu »Chemtrails und Flugscheiben« referiert, vor dem NPD-Kreisverband Berlin-Steglitz zu eben jenem Thema. Dabei scheinen sich die Kontakte von NPD zur HolocaustleugnerInnen-Szene und den »Reichsbürgern« zu überschneiden. Das NSL lud beispielsweise am 7. April 2007 Frank Reitemeyer zum Thema »10 Grundvoraussetzungen der Geheimwissenschaft« ein. Er ist stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD Berlin-Steglitz und zugleich Theosoph und »Reichsbürger«.

Nur Spinner?

Inhaltlich kann das alles als Spinnerei abgetan werden, doch sollte bedacht werden, dass zum einen das NSL eine massive Internet-Präsenz hat und sich gleichzeitig einige Menschen aus dem NSL und dessen Umfeld aktiv bei allem möglichen, was in der extremen Rechten vorgeht, beteiligen. Mit ihrer Nähe zur »Reichsbürger«-Bewegung, und so letztendlich bis zu Horst Mahler-Kontakten und ihren Anknüpfungspunkten an die Heiden-Szene, stehen ihnen Infrastrukturen zur Verfügung, die sie befähigen, weite Kreise der rechten Szene zumindest zu erreichen. Doch in der Neonazi-Szene werden die NSL'ler trotz ihrer offenen Befürwortung des Nationalsozialismus zumeist belächelt. Dafür finden ihre Ideen nicht nur in der revisionistischen »Reichsbürgerbewegung« Gehör, sondern vor allem an den rechtsoffenen Rändern der Esoterik- und Ufoszene. Ihre politischen, esoterischen und pseudo-wisscn-schaftiichen Vermischungen sind Prototypen der antisemitischen Verschwörungstheorien: Da ist der heutige deutsche Staat verfassungsmäßig gar nicht mehr legitim, sondern eine kriminelle Verschwörung von »zionistischen« Außen-Stehenden (»Fremdherrschaft«). Und nicht nur Altnazis träumen vom überwinternden Führer und von Wundertechnologien: Über das breite Thema »Chemtrails« und mit Jan van Helsings Büchern hat die Nazi-Ufo-Mythologie eine weite Verbreitung gefunden, die einen großen Teil der Esoterikszene erreicht.



Text von: DERRECHTERAND Nr.106
Autor: Eike Sanders

Buhlen.um.Lybien

ein Text von Alfred Hackensberger

DER FRANZÖSISCHE PRÄSIDENT SARKOZY HAT DEN KAMPF DER WESTLICHEN LÄNDER UM DIE SICHERUNG VON WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN IM ERDÖLREICHEN LIBYEN DEUTLICH GEMACHT.

Auf seiner großen Afrika-Tour besuchte das neue französische Staatsoberhaupt, Nicolas Sarkozy auch Libyen, das vor kurzem erst das bulgarische Ärzteteam freiließ. In erster Linie ging es um die Sicherung von wirtschaftlichen Interessen Frankreichs im nordafrikanischen Staat. Neben einer Vereinbarung zur Zusammenarbeit in der Rüstungstechnologie wurde in einer Absichtserklärung vereinbart, dass Libyen von Frankreich zivile Kerntechnik erhalten soll, beispielsweise einen Atomreaktor, der von Areva NP gebaut würde. An dem Konzern ist auch Siemens beteiligt. Im Gegenzug soll Frankreich Uranium erhalten. Kritik an der Vereinbarung kam von der deutschen Regierung. Tatsächlich dürfte dies die Verhandlungen mit Iran nicht erleichtern. Die US-Regierung hielt sich hingegen zurück, schließlich haben die USA eine ähnliche umstrittene Kooperation mit Indien vereinbart.

Muammar Ghaddafi, der ehemalige Terror-Präsident Libyens, ist wieder hoffähig. Vergessen sind die Anschläge auf den PanAm Jumbo über Lockerbie 1988 und auf die französische DC-10 über Niger, die Opfer des Le-Belle-Attentats 2004 in Berlin, sowie die 1984 in London erschossene britische Polizistin. Schließlich wurde dafür Kompensation bezahlt.

Als der Flugkapitän die Landung in Tripolis ankündigt, wird Rafael sichtlich nervös. Auf den Philippinen unterschrieb der junge, verheiratete Mann vor einigen Monaten einen Arbeitsvertrag, demzufolge er 800 Dollar im Monat verdienen soll. Allerdings weiß er nicht, wo und was er arbeiten soll. „Auf einer Baustelle vielleicht", sagt er lapidar. Schließlich sei er Klempner. Seine 14 anderen philippinischen Kollegen in der Maschine wissen eben sowenig.

Die philippinischen Gastarbeiter gehören zu den auf rund 1,2 Millionen geschätzten Ausländern im Staat von Muammar Ghaddafi. Die wenigsten davon haben aber legalen Status wie die jungen Arbeiter von den Philippinen. Die meisten kommen aus den Ländern südlich der Sahara. Falls es keine Arbeit geben sollte, hoffen sie auf ein Boot, das sie nach Italien oder Malta ins goldene Europa bringt.

Lange Jahre wurden diese Immigranten von den libyschen Behörden geduldet. Nachdem Libyen jedoch Entschädigungen für die Terroranschläge der 1980er Jahre bezahlte und obendrein noch das Massenvernichtungswaffenprogramm einstellte, änderte sich die Situation für die afrikanischen Migranten schlagartig. Staatspräsident Mohammed Ghaddafi muss nun plötzlich auch in Sachen illegaler Immigration mit der EU kooperieren, was er früher stets verweigerte (Libyen wird zum hofierten Partner der westlichen Staaten).

Laut Angaben des libyschen Innenministeriums wurden 2006 64.330 illegale Immigranten in ihre Heimatländer repatriiert, was dem Staat vier Millionen Euro gekostet haben soll. Zudem verhaftete man 312 Menschenhändler und konfiszierte 72 Boote. In der Hafenstadt Swara, nahe der tunesischen Grenze, von wo aus die Boote nach Italien starten, werden regelmäßig Razzien durchgeführt und als Beweis der Regierungsaktivität im Fernsehen gezeigt.

Die Regierung von Ghana hat sich offiziell über die schlechte Behandlung ihrer etwa 10.000 Staatsangehörigen in Libyen beschwert. Sie würden unter unmenschlichen Bedingungen repatriiert. Man würde ihnen ihre Pässe abnehmen und auch ohne Gerichtsverfahren ins Gefängnis sperren. In Zukunft möchte man, dass die Menschenrechte respektiert werden. Aber darauf wird in Libyen nach Amnesty International und Human Rights Watch wenig Wert gelegt. Nach wie vor gibt es Fälle von Folter, die Pressefreiheit ist eingeschränkt, Kritik am Regime ist verboten, wer es trotzdem tut, riskiert hohe Gefängnisstrafen. Den europäischen Ländern und den USA scheint dies wenig auszumachen.

LIBYEN LOCKT MIT GELD UND ÖL

Als Tony Blair als erster westlicher Staatsmann nach dem Ende des Libyenboykotts Präsident Ghaddafi im März 2004 besuchte, versicherte der damalige britische Premier, wie wichtig das alles für den Kampf gegen der Terror sei. Bestandteil des Treffens war die Unterzeichnung eines 550 Millionen Pfund schweren Abkommens zwischen Shell und der libyschen Regierung.

Für die EU und die USA ist das in jeglicher Hinsicht verwaiste Libyen ein Idealfall. Die Ölproduktion soll von 1,6 Millionen Barrel pro Tag auf 3 Millionen im Jahr 2012 angekurbelt werden. Gleichzeitig sollen die Ölreserven, die achtgrößten der Welt, erschlossen werden. Chevron Texaco und Mathon/Conoco Phillips haben bereits 2005 ihre Schürfrechte gesichert. Auch die China National Oil hat sich erfolgreich um Suche von Gas auf einer Fläche von 40.000 Quadratkilometer Offshore beworben.

Das altmodische libysche Bankensystem soll mit Hilfe aus dem Ausland auf internationalen Standard gebracht. 5 Milliarden Dollar sind nötig, die Infrastruktur des Landes zu verbessern. Zurzeit besuchen etwa nur 130.000 Touristen jährlich den nordafrikanischen Staat, was im Vergleich zu 6.000.000 jeweils in Marokko und Tunesien verschwindend gering ist. 2015 sollen es zumindest 1.000.000 in Libyen werden, das eine 1.100 Kilometer lange Küste mit völlig unerschlossenen Stränden hat. Dazu eine ganze Reihe von römischen Ruinen, die ähnlich gut erhalten sind, wie in Italien.

Zu den besten libyschen Handelspartnern zählten 2005 Italien, gefolgt von Deutchland, Tunesien, Großbritannien, die Türkei und Frankreich. Die EU stellte bereits in Aussicht, dass es Möglichkeiten zur Handelsoptimierung gibt. Spezielle Wirtschaftsabkommen, die irgendwann in einen Freihandel münden können, wie im Falle von Marokko. Nur dazu muss Libyen bestimmte Bedingung erfüllen, zu denen Menschenrechte und demokratische Reformen gehören. Etwas, das jedoch in Libyen noch lange dauern kann.

Für Rafael und seine Arbeitskollegen von den Philippinen ist das erst einmal egal. Ihnen geht es weder um die Menschenrechte, noch um demokratische Verhältnisse. Sie wollen nur ihren Lohn jeden Monat sehen, die Unterkünfte müssen okay sein und die Arbeit nicht unbedingt zu schlecht. Von Saudi-Arabien haben sie nur Schlechtes gehört, deshalb haben sie für Libyen unterschrieben. Da sie legale Papiere haben, kann es ihnen nicht wie den 35.000 ägyptischen Gastarbeitern gehen, die wieder nach Hause mussten. Momentan bereitet Rafael und seinen Kollegen am meisten Sorge, dass es im Reich Muammar Ghaddafis keinen Alkohol gibt. Rechtzeitig vor der Landung hat sich noch jeder schnell einen Schnaps bei der Stewardess bestellt.

CRUSH HOUR CONCERTS PRÄSENTIERT:

AM FREITAG 28.09.2007. 21H

ANTITAINMENT (FRANKFURT A.M.) UND AMERICAN TOURISTS (NEUMÜNSTER)

Antitainment spielen einen Wechsel zwischen melodischen Refrains, Schreiattacken, Knüppelparts und Gameboy Gepiepse aus dem Keyboard. Untermalt wird das Ganze mit hektisch, krudem punkrock und cheesy Sounds aus der Trashorgel.
Mit Hits wie „An-ti-tain-ment, viel besser als deine Band“, oder „Ich mag Menschen, ich mag sie nur nicht sehen“ verleitet diese band zum ausrasten und mitsingen!
Die American Tourists sind zu dritt und machen eine Mischung aus rabiatem Hardcore und melodischem California-Punk. Ein Sound aus neurotischem bis hysterischem Gekeife (oft zweistimmig), raserisch-crustigen Klampfen und explodierenden Trommeln. Kaum ein Stück ist länger als zwei Minuten.

AM MONTAG 8.10.2007. 21H

LA CASA FANTOM (OSLO)

Das Schlagzeug-Bass-Duo aus Oslo (das liegt in Norwegen) spielt eine mitreißende Mischung aus brachialem Hardcore und schönen Melodien. Geballer für die Ohren, aber trotzdem sehr sympatisch und schön anzusehen/hören. Weitere Informationen unter www.lacasafantom.com .

AM MITTWOCH 17.10.2007. 21H

Photo de Cai Ming

VIALKA (KANADA/FRANKREICH)

Vialka (Foto) aus Frankreich/Kanada sind ein „turbofolkgypsypunk micro-orchestra“... sagen sie selber. Das wunderbar quirlig-schräg-melodiöse krach-duo mit Schlagzeug und (Bariton-) Gitarre ist wieder unterwegs. In der Zwischenzeit haben sie eine neue Platte fertiggestellt, die wir alle sehnsüchtig erwarten. Wird wohl wie immer spannend und virtuos und krachig.

AM DONNERSTAG 15.11.2007. 21H

GUTS PIE EARSHOT

AM MONTAG 10.12.2007. 21H

ANTHEM RED (KANADA)

August 07

Sa.	4.8.	22:00	Homophilias - Party für Lesben & Schwule
Sa.	11.8.	22:00	Electroparty im Cafe Ononon Zupfkupacid
Mo.	13.8.	20:30	Antifa Café VA.: neofaschistische Organisierungsprozesse am Beispiel Thüringen
Sa.	18.8.	22:00	Männerfabrik
Sa.	25.8.	22:00	Rosa Discophp
Fr.	31.8.	23:00	High Tension Drum `n` Bass

September 07

Sa.	1.9.	22:00	Lesbischwule Schlagerparty
Sa.	8.9.	22:00	Aids-Hilfe Soli-Party
Fr.	14.9.	21:00	Gala der Oldenburger Rechtshilfe
Sa.	15.9.	22:00	Männerfabrik
Do.	20.9.	21:00	Konzert: Verge of reason (Grindcore) + Confused (Noise HC Punk)
Fr.	21.9.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Fr.	28.9.	22:00	Crush Hour Concerts /crushhour: Antitainment
Sa.	29.9.	22:00	Rosa Disco

Wöchentlich: Mo. 18:00 Archiv / 18:00 Crush Hour Concerts / 19:30 Atira - Plenum / 20:30 Antifa - Cafe // Di. 20:00 Subklub // Do. 20:00 Volxü. + Kneipe / 21:00 Oldenburger Rechtshilfe //

Monatlich: 1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe / 2. Mo. 20:00 Politische Werkstatt / 2. Fr. 20:30 Alhambra-NutzerInnenplenum